

Annoucen -
Annahme-Bureau:
In Posen bei
Hrn. Krupski (C. H. Ulrich & Co.)
Breitestraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt- u. Friedrichstr. - Ecke 4;
in Gräg b. Hrn. L. Streifand;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig,
Hamburg, Wien und Babel:
Haasenstein & Vogler.

Posener Zeitung.

Dreißundsechzigster

Jahrgang.

Annoucen -
Annahme-Bureau:
In Berlin,
Wien, München, St. Gallen
Rudolph Mosse;
in Berlin:
A. Kretzmer, Schloßplatz;
in Breslau,
Kassel, Bern u. Stuttgart:
Sachse & Co.;
in Breslau: K. Jenke;
in Frankfurt a. M.:
G. L. Danke & Co.

Mr. 17.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der
Sonnstage täglich erscheinende Blatt beträgt vier-
teljährlich für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr., für ganz
Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. — Bestellung an-
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Freitag, 21. Januar

Inserate 14 Sgr. die fünfzeilige Zeile oder
deren Raum. Reklamen verhältnismäßig höher,
und an die Expedition zu richten und werden für
die an demselben Tage erscheinende Nummer nur
bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1870.

Amtliches.

Berlin, 20. Januar. Se. M. der König haben Allergnädigst geruht: Dem fürstlich rumänischen diplomatischen Agenten zu Paris, Strat, den Kronen-Orden II. Kl. mit dem Stern, und dem herzoglich sachsen-meiningenschen Ober-Steuer-Kontrolleur Ludwig zu Saalfeld den Kronen-Orden IV. Kl. zu verleihen; sowie den Geh. Reg.-Rath v. Lebbin zum vortragenden Rathe im Ministerium des Innern zu ernennen.

Se. M. der König haben im Namen des Norddeutschen Bundes Allergnädigst geruht: dem Geh. expedirenden Sekretär und Kalkulator Hartwig von der General-Direktion der Telegraphen des Norddeutschen Bundes, den Charakter als Rechnungs-Rath und dem Geh. Registrator Balke von derselben Behörde, den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen.

Der Rechtsanwalt und Notar Herzfeld zu Sprottau ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht in Halle a/Saale, mit Anweisung seines Wohnsitzes dafelbst, veretzt worden.

Die Lage der Kreisordnung im Abgeordnetenhaus.

Die Debatte über die Kreisordnung hat, soweit bis jetzt ersichtlich, noch nicht solche Annäherungspunkte herbeigeführt, daß man an ihr Zustandekommen in dieser Session glauben sollte; es müßte auch in der That eine noch viel größere Annäherung stattfinden, wenn die ursprünglich so weit auseinandergehenden Ansichten in praktischen Vorschlägen sich ausgleichen sollten. Dagegen ist die bisherige Debatte weder im Sinne der Regierung noch im Sinne des Abgeordnetenhauses als fruchtlos zu betrachten. Vor Allem sind zwei sehr wichtige Dinge festgestellt worden. Die Berufung von Amtshauptleuten wird von allen Seiten gebilligt, und es wird nicht mehr bezweifelt, was im vorigen Jahre noch stark angefochten wurde, daß ein ausreichendes Material dafür vorhanden sei. Auch ist die Idee, große Amtsbezirke von solchem Umfange zu bilden, daß mit ihnen der Begriff des Kommunalverbandes nicht vereinbar ist, allseitig zurückgewiesen worden. Die Liberalen weisen sie zurück, weil sie an Kommunalverbänden festhalten; die Konservativen, weil sie bei kleinen Amtsbezirken die Polizei und die Obrikeit für die großen Gutsbesitzer zu retten hoffen, ohne eine allzugroße Last zu übernehmen. Wenn also die Motive auch sehr weit auseinandergehen, so stimmen sie doch in dem Resultat überein. Diese beiden Voraussetzungen bilden eine sehr werthvolle Grundlage für jede zukünftige Gesetzgebung.

Die gutsherrliche Polizei hat noch einige Nachredner gefunden, aber keinen Vertheidiger. Sieht man von einigen Bewunderern ab, welche überhaupt die Idee der neuen Kreisordnung gar nicht zu verstehen scheinen, wie Hr. v. Mitsche-Collande, so sind die Konservativen, mehr oder weniger verblümt, doch zu dem Zugeständniß bereit, daß die Gutsobrigkeit und die gutsherrliche Polizei keinen Boden mehr hat. Freilich darf man dieses „Opfer“ nicht überschätzen, wenn man bedenkt, daß sehr viele große Grundbesitzer die Rückübernahme der Polizeiverwaltung abgelehnt haben und dazu obrigkeitlich gezwungen werden mußten. Gegen das „Opfer“ nämlich ist anzuzurechnen, daß meistens die Kosten wegfallen, oder sich doch sehr vermindern werden; denn selbst derjenige Gutsbesitzer, welcher die Polizeiverwaltung als Ehrenamt übernimmt, wird doch nicht die sachlichen Kosten der Verwaltung und nicht die Kosten der positiven Polizei zu tragen haben. Daraus wird allerdings eine größere Last für die Gemeinden erwachsen; indessen ist diese Last nur das Korrelat zur Uebernahme der Polizeiverwaltung. Allseitig herrscht auch Uebereinstimmung darüber, daß die Kosten für die Verwaltung der neuen Amtsbezirke sehr niedrig ermessen werden müssen; man verschweigt sich von keiner Seite, daß an hohen Kosten ein großer Widerstand im Lande sich entzünden kann.

Als großer Gegenstand zwischen der gesammten liberalen und der gesammten konservativen Partei ist hervorzuheben: die Wahl oder die Ernennung des Amtshauptmanns. Die liberale Partei ist in Bezug auf diesen Punkt völlig geschlossen und scheint eine Ausnahme davon kaum denkbar. Es ist andererseits wahrscheinlich, daß ein Theil der Freikonservativen als Konzession die Ernennung des Amtshauptmanns durch den Reichstag mit königlicher Bestätigung, oder die Ernennung durch den König aus einer bindenden Vorschlagsliste des Reichstags zugestehen möchte. Soweit dürfte auch die Regierung zu einer Konzession geneigt sein; doch läßt sich hierüber nichts Bestimmtes sagen, wie denn überhaupt die Zurückhaltung der Regierung und das fast völlige Schweigen des Ministers des Innern und seines Kommissars dem bisherigen Gang der Debatten nachtheilig gewesen ist. Nicht allein die prinzipiellen Standpunkte blieben von dieser Seite unerörtert, sondern oft war dies auch in Beziehung auf technische Fragen der Fall. Der Grund dieser Zurückhaltung scheint in dem bisher noch mangelnden Entschlusse der Regierung zu liegen; vermuthlich spekulirt dieselbe auf zufällige Majoritäten; indessen wird diese Spekulation nicht lange sich fortsetzen lassen, da schon der Geschäfts wegen noch in dieser Woche die Entscheidung darüber herbeigeführt werden muß, ob mit der Kreisordnung weiter vorzugehen ist oder nicht.

Die Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses fällt heute (Freitag) schon wiederum aus, um die Zeit zu gewinnen, in Betreff der Kreisordnung einen Versuch privater Verständigung unter

den Fraktionen zu machen. Es ist dies, wie uns aus Berlin mitgetheilt wird, das Resultat der Bemühungen Forkenbecks, der in den letzten Tagen mit dem Minister des Innern verhandelte, schließlich aber auch keinen anderen Ausweg anzugeben wußte, als den schon früher in ähnlichen Fällen beliebten, der Zusammenberufung von Vertrauensmännern der verschiedenen Fraktionen. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Sache an einem Punkt angekommen war, wo ein solches Mittel dringlicher wie jemals früher erscheinen mußte. Wenn man das große Material überschaut, welches dem Abgeordnetenhaus noch zu erledigen übrig bleibt, so ergiebt sich die Nothwendigkeit, sich klar darüber zu werden, ob es überhaupt vernünftig und praktisch, von irgend welchem Werth ist, mit der Berathung der Kreisordnung unter den gegenwärtigen Umständen fortzuführen. Stellt sich die Aussichtslosigkeit bei dem Stande und den Ueberzeugungen der Parteien heraus, so ist es hohe Zeit auf eine Berathung zu verzichten, welche den kurzen Rest der Session so stark in Anspruch nimmt, daß für die übrigen Vorlagen, deren Durchberathung nothwendig ist, fast keine Zeit mehr übrig bleibt. Natürlich handelt es sich bei dieser privaten Verständigung von Vertrauensmännern, welche sich heute laut Einladung bei Hrn. v. Forkenbeck versammeln sollen, weniger um die Feststellung einzelner wichtiger Punkte, wie dies irthümlich angegeben und von unserem Korrespondenten schon gestern widerlegt worden war, als darum in möglichster Schnelligkeit Klarheit darüber zu beschaffen, wie weit für einen Mittelweg der Verständigung auf Annahme bei den entscheidenden Fraktionen und auf eine Majorität im Hause zu rechnen ist. So wenigstens lauten unsere Privatnachrichten. Die „Korr. St.“ nennt als Vertrauensmänner der Konservativen die Abg. v. Arnim, Lampugnani, v. Denzin, v. Brauchitsch, Graf Eulenburg, die Freikonservativen wählen v. Achenbach, Hoffmann, v. d. Knefbeck, von den Altliberalen wird sich Solger, von dem linken Centrum Bockum-Dolffs und Böhmer betheiligen.

Die National-Liberalen traten erst gestern Abend zu einer besonderen Fraktions-Sitzung zusammen und wählten, wie uns geschrieben wird, die Abg. Miquel, Lasker, Unruh, Bennigsen und Koppe. Hr. v. Forkenbeck scheint den Versuch, zu dem er die Einleitung übernommen, nicht für ausföhrlos zu halten, einiges Gewicht wird auch, wie schon erwähnt, der vorgestrigen, im Ganzen gemäßigten Rede Eulenburgs beigelegt. Andererseits ist zu konstatiren, daß sowohl die Konservativen wie die Freikonservativen die Wahlen lediglich auf solche Leute gelenkt haben, welche der Verständigung abhold sind. Graf Bethusy soll in Folge dessen den Vorsitz bei den Freikonservativen niedergelegt haben und aus der Fraktion ausscheiden wollen, meint unser Gewährsmann.

Deutschland.

Berlin, 20. Jan. Der Erzherzog Karl Ludwig wird am Sonntag Abend mit einem Separatzuge hier eintreffen. Ueber die Stunde seiner Ankunft steht noch nichts fest. Zum Ehrendienst bei demselben sind der General-Lieutenant v. d. Goltz und der Major v. Alten bestimmt, welche dem Erzherzoge bis zur Grenze entgegenfahren werden. Am Montag wird ein großes Diner bei dem Könige, am Dienstag ein solches bei der Königin-Wittve in Charlottenburg stattfinden. Am lezten Tage wird bei dem Könige und der Königin eine Soirée abgehalten werden. Mittwoch früh reist der Erzherzog nach Wien zurück. — Die Mittheilung, welche heute Abend die „Kreuzzt.“ über die Stellung der preussischen Regierung zu der Angelegenheit des Verkaufs der braunschweigischen Eisenbahnen bringt ist ohne Zweifel auf eine offiziöse Quelle zurückzuführen, denn sie stimmt ihrem wesentlichen Inhalte nach genau mit dem überein, was man aus Regierungskreisen über die Sachlage erfährt. Preußen wird, in Anwendung des ihm zustehenden Bestätigungsrechts, seine Genehmigung zu dem Verkauf der Bahnen nicht eher ertheilen, bis durch ein zwischen der Regierung und der Landesvertretung von Braunschweig vereinbartes Gesetz dafür Sicherheit gegeben ist, daß die Verkaufssumme im Interesse des Landes zur Verwendung gelangt. Man wird nicht irren, wenn man das Hauptmotiv für diese vorsichtige Haltung der preussischen Regierung in dem Wunsch erkennt, vermieden zu sehen, daß die Gelder etwa zu weltlichen Zwecken verwendet werden. Es ist ja bekannt, daß der Herzog von Braunschweig die Absicht hat, da er die Unmöglichkeit einsieht, seine Krone dem Prinzen von Hannover zu hinterlassen, demselben doch die Erbschaft eines möglichst großen Privatvermögens zuzuwenden. Würde also das aus dem Verkauf der Bahnen gewonnene Geld, statt im Interesse des Landes verwendet zu werden, ganz oder zum Theil in die Privatkasse des Herzogs fließen, so gingen dem Lande nicht nur große Vortheile verloren, sondern es würde demselben sogar noch ein besonderer Schaden dadurch erwachsen, daß einem aussichtslosen Kronprätendenten nach dem Tode des gegenwärtigen Herzogs die Mittel bereit gestellt wären, gegen die Ruhe und das Interesse des Landes zu intriguiren. Die Vertreter des braunschweigischen Landes werden hoffentlich diese Eventualität bei der Beschlußnahme über den Regierungsantrag nicht aus dem Auge lassen. Die von der preussischen Regierung beobachtete Haltung hat aber noch eine andere Bedeutung, die nicht übersehen werden darf. Es ist nicht allein die Sorge um die Verwendung, welche das Geld einst erhalten würde, wenn dem Herzog darüber freie Verfügung zustände, sondern auch das Interesse

an dem augenblicklichen Wohle des kleinen Nachbarstaates, was die preussische Regierung zu ihrer reservirten Stellung veranlaßt. Daß dieses Interesse Preußens ein aufrichtiges und uneigennütziges ist, erscheint um so glaubhafter, als Preußen soeben erst einem andern benachbarten kleinen Bundesstaat, Bremen nämlich, durch bereitwilliges Abtreten preussischen Staatsgebiets so erhebliche Vortheile bereitet hat. Es wird immer mehr offenbar werden, daß die kleinen Staaten Norddeutschlands durch den bundesmäßigen Anschluß an den großen Staat, wenn auch ein Theil ihrer Souveränität dadurch verloren gegangen sein sollte, sich doch nur wohl berathen haben. — Die Ernennung des Geheimraths Friedberg zum Präsidenten der Justiz-Examinationskommission wird von einigen Blättern*) als eine Zurücksetzung des ältesten Mitgliedes der Kommission, Geheimrath Löwenberg, gedeutet, findet aber ihre einfache Erklärung durch den Umstand, da ja Hr. Friedberg der Verfasser des neuen Gesetzes über die Prüfung der Justizbeamten ist und daher als ganz besonders berufen erscheinen muß, die Vorschriften des neuen Gesetzes nach ihrem Geist in ihrer ganzen Bedeutung zur Geltung zu bringen. — Der heutige Beschluß des Abgeordnetenhauses über den Duncker-Obertyschen Antrag wird, wie man hört, vielleicht die Wirkung haben, daß die Regierung vor der Hand die beabsichtigte Vorlage eines neuen Preßgesetzes unterläßt, da ja nun zunächst das Herrenhaus über den formellen Gesetzentwurf des Abgeordnetenhauses schlüssig werden muß, und eine Kreuzung beider Anträge nicht passend und zweckmäßig sein möchte. (Vergl. unsere Korrespondenz.)

*) Hr. Löwenberg sieht selbst eine Zurücksetzung darin, denn er ist aus der Kommission ausgeschieden. (Vergl. unten.)

Berlin, 20. Jan. Das Strafgesetzbuch für den Norddeutschen Bund, das von denen, welchen der Entwurf zugänglich ist, tropfenweise dem Publikum mitgetheilt wird, verursacht immer neue Ueberraschungen. Wenn § 3 richtig angegeben ist, so würden die Bestimmungen über strafbare Verlegungen der preßpolizeilichen Vorschriften und über Mißbrauch des Vereins- und Versammlungsrechts den Landesstrafgesetzbüchern vorbehalten sein. Gewiß kann man im Voraus es als höchst unwahrscheinlich bezeichnen, daß der Reichstag auf diesen Verzicht einer eintheilichen Ordnung der Preßfreiheit und des Vereinsrechts bei der Berathung des Strafgesetzbuchs eingehen wird.

Berlin, 20. Jan. [Interpellation Berger. Der Duncker-Obertysche Antrag. Vortrag des Abg. Löwe über Rußland und den Panlawismus. Dementi. Erledigtes Mandat zum Abgeordnetenhaus. Diner bei dem Justizminister. Aus der Unterrichtscommission. Petition betreffs der Kreisblätter. Die Kreisordnung.] Wie zu erwarten war, knüpfte sich an die heute im Abgeordnetenhaus verlesene Interpellation des Abg. Berger (Witten) eine allgemeine Besprechung. Nach Allem, was in Abgeordnetenkreisen in den letzten Wochen über den Stand dieser Frage bekannt geworden war, mußte die Antwort des Handelsministers überraschen. Im Handelsministerium nämlich ist man — dies konnte der Chef desselben mit gutem Gewissen versichern — thatsächlich von dem nothwendigen Bedürfnis, die Rißt-Remeler Bahn zu bauen, durchdrungen, ja man wollte wissen, es seien alle Vorbereitungen zur Einbringung der betr. Vorlage gemacht. Der frühere Finanzminister vertritt die Meinung, welche den Bau verlangten, auf bessere Zeiten, indem er auf das Defizit hinwies; sein Nachfolger, der dies Defizit so schnell zu beseitigen wußte, erweckte im ganzen Hause Hoffnungen, deren Nichterfüllung nach Annahme des Konsolidationsgesetzes für unglücklich gehalten wurde. Inzwischen erneuerten sich die dringenden Vorstellungen aus den betreffenden Städten und machten irgend einen Schritt seitens des Abgeordnetenhauses unerläßlich. Anfanglich wollten alle Abgeordneten aus der Provinz Preußen sich als Deputation zu dem Finanzminister begeben und diesem Vorstellungen machen; man entschied sich indessen für den Weg der Interpellation und hofft, nachdem die Stimmung aller Seiten des Hauses in dieser Sache von dem Lande dokumentirt worden ist, daß die Regierung doch noch die betr. Vorlage in dieser Session einbringen wird. Die auf die Interpellation verlesene kurze Antwort des Handelsministers und dessen Entfernung aus dem Saale unmittelbar nachdem er seine zweite Erklärung abgegeben hatte, scheint diesen Hoffnungen wenig zur Seite zu stehen. — Angesichts der bevorstehenden Einbringung des Preßgesetzes seitens der Regierung erschien das Eingehen auf den Duncker-Obertyschen Antrag über die Preßfreiheit ziemlich überflüssig, die Annahme war ja selbstverständlich. Auffallend war nur die Schweigsamkeit des Ministers des Innern, aus welcher man schloß, daß jenes Preßgesetz, von dem es hieß, es sollte unter allen Umständen noch in dieser Session erledigt werden, doch noch eine neue Verzögerung erfahren hat. (Vgl. unsere Korrespondenz.) — Ein Vortrag, den der Abg. Dr. Löwe jüngst im Handwerkerverein über Rußland und den Panlawismus gehalten hat, macht, wie man hört, in weiteren Kreisen Aufsehen, und es ist an den genannten Abg. vielfach der Wunsch gerichtet worden, durch den Druck des Vortrags demselben weiter Verbreitung zu geben. — Die Angabe, nach welcher der Abg. Lasker, freilich seit 12 Jahren unbesoldeter, und deshalb wohl der älteste Assessor im preussischen Staate, jetzt zum Stadtrichter am k. Stadtgericht in Berlin ernannt worden, sein Patent aber erst am Schlusse der Session erhalten soll, wird uns von best-

unterrichteter Seite als eine müßige Erfindung bezeichnet. — Der Abg. v. Seydewitz, Mitglied der äußersten Rechten, ist vom Staatsgerichtsrath in Berlin zum Appellationsgerichtsrath in Frankfurt a. D. ernannt worden. Hierdurch ist sein Mandat für das Abgeordnetenhaus und den Reichstag erloschen. Der Kreis Delitzsch-Bitterfeld, den Hr. v. Seydewitz vertritt, hat seine beiden der äußersten Rechten angehörigen Abgeordneten in dieser Session befördert: Hr. Campagnani ist vom Direktor eines der kleinsten Kreisgerichte zu Delitzsch zum Direktor eines der größten, desjenigen zu Görlitz, und nun Hr. v. Seydewitz zum Appellrath befördert worden. — Der Justizminister giebt heute ein parlamentarisches Diner, zu welchem das Präsidium und eine große Anzahl von Mitgliedern des Abgeordnetenhauses eingeladen ist. — Die Kommission für das Unterrichtsgezetz beschäftigt sich jetzt in dem Abschnitt über die Aufbringung der Schullast mit ähnlichen Fragen, wie das Plenum in der Kreisordnungsberatung, nur mit besonderer Anwendung auf das spezielle Schulgebiet. Nachdem sie am Mittwoch in § 15 die Aufbringung der Schullast durch gleichmäßige Zuschläge zu den direkten Staatssteuern beschlossen, wobei jedoch auf Antrag des Referenten Gneist die Gewerbesteuer mit Rücksicht auf das Großgewerbe hinzugefügt wurde, erklärte sich die Kommission dann für den Antrag des Abg. Wehrenpennig (§ 16: „Sind bürgerliche Gemeinden oder sind ständige Güter ganz oder zum Theil zu einem Schulverband vereinigt worden, so werden die Schulkosten auf den ganzen Verband umgelegt.“) Dies ist ein Hinausgreifen über die einzelnen Ortsgemeinden, für den Fall, daß dieselbe nun in Gemeinschaft mit anderen im Stande ist, ihren Kommunalzweck zu erfüllen. Die Regierung und der Referent forderten die Untervertheilung nach der Kopfzahl. In der nächsten Sitzung wird die Anwendung des Amtsbezirktes auf die Schulfrage und die Ergänzungspflicht von Kreis resp. Staat zur Berathung kommen. In der Petitionskommission führte gestern Abend die Petition von Buchdruckereibesitzern aus mehreren Städten, welche beantragen, daß die Kreisblätter mit verbindlicher Publikationskraft für landrätthliche und Polizeiverordnungen in der Folge keinen politischen Inhalt bringen dürfen, zu einer interessanten Debatte. Der Referent Noeldechen beantragt Uebergang zur Tagesordnung, weil er die Kreisstände allein für kompetent hält, über den Inhalt der Kreisblätter zu bestimmen. Der Reg.-Kommissar Versius meint, es könnten die gerügten Mißstände sich nur auf sehr wenige Fälle beziehen, von denen der Regierung nichts bekannt geworden sei; die Regierung sei nicht in der Lage, hierin irgend etwas zu thun. In der Diskussion wurde betont, daß die Regierung durch ihren Rath wohl die Veröffentlichung politischer Mittheilungen durch die Kreisblätter verhüten könne. Es wurden einzelne eklatante Fälle angeführt, in denen die Kreisblätter zu Agitationen benutzt worden seien; man meinte, diesem Mißbrauch könne, wenn sie wolle, die Regierung durch eine Weisung an die Landräthe steuern. Uebrigens theilt der Reg.-Kommissar noch mit, daß nach einem Erkenntniß des Obertribunals die Führung des Titels „Kreisblatt“ für Privatblätter verboten sei. Die Kommission beschloß, die Petition über die Kreisblätter der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. — Von den Resultaten der übermorgigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wird das weitere Schicksal der Kreisordnung, werden die weiteren Bestimmungen über die Dauer der Session abhängen.

— Die Fehde zwischen der „Nordd. Allg. Z.“ und der „Mosk. Z.“, der wir bereits mehrere Male Erwähnung gethan, scheint immer noch nicht zum Abschlusse gelangt zu sein, wie dies aus folgendem Artikel der „N. A. Z.“ ersichtlich:

„Die Moskauer Zeitung“ spricht in Nr. 282 ihrer Ausgabe mit Bezug auf unsere Erklärung vom 6. d. M. ihre Bewunderung aus, daß wir mit aller Offenheit zugefanden haben, es sei von preussischer Seite der ehrliche Versuch gemacht, die „Mosk. Z.“ in die Lage zu versetzen, ihren Lesern die Wahrheit über Preußens friedliche Politik mittheilen, sowie Entstellungen und Fälschungen derselben vermeiden zu können. Die „Mosk. Z.“ bezeichnet diese im Interesse der Wahrheit gemachte Bemühung als einen Versuch, in russischen Zeitungen zur Verhüllung der feindlichen Politik Preußens den Herrn spielen zu lassen. Diese Verdröhung der Sachlage, sowie die Bewunderung des Blattes über unsere offene Anerkennung und Rechtfertigung des angefeindeten Verhältnisses beweisen, daß die Annahme desselben in das System der Lüge, welche die „Mosk. Z.“ über die deutsche Politik Preußens befolgt, nicht paßt, weil alsdann dieses System der absichtlichen Fälschung des Urtheils der russischen Leser unhaltbar geworden wäre. Für die Annahme, daß es der Redaktion der „Mosk. Z.“ wünschenswerth sein müßte, über Verhältnisse, in denen sie falsch unterrichtet war, belehrt und orientirt zu werden, hat das Blatt den Beweis des Gegentheils geführt. Der „Mosk. Z.“ hätte nichts Unangenehmeres widerfahren können, als Mittheilung von Wahrheiten, welche sie weder wissen will, noch für ihre Zwecke brauchen kann. Wir hatten die wunderliche Forderung des Blattes, daß Preußen seine Grenzfestungen zum Beweise freundlicher Gesinnung gegen Rußland schleifen möge, als ein thörichtes Verlangen abgewiesen und bemerkt, daß kein deutsches Journal dasselbe Verlangen an Rußland gerichtet hätte. Darauf erwidert die „Mosk. Z.“: Ist es denn etwas Besseres, wenn (preussische Organe) auf dem freien Verlangen bestehen, daß Rußland seine baltischen Uferlande für ein deutsches Land erkläre, daß Rußland selber die Bevölkerung dieser Gebiete germanisire und selber die Grenzen des Nachbarstaates (Preußen) weit in das Innere des (russischen) Reiches ausdehnen solle? Dieser Schlussatz des erwähnten Artikels zeigt zur Genüge, daß mit einem so verhärteten Gegner der Wahrheit jede Erörterung überflüssig ist. Das Deutsche übertragen, ist der Sinn der erwähnten Anklage: Es wird fortgezogen und wir (die „Mosk. Z.“) danken für jedes Mittel, unsere Leser über die Wahrheit der Thatsachen und die Ideen der deutschen Politik aufzuklären. Mögen unsere (der „Mosk. Z.“) russische Leser zu diesem Zweck die „Deutsche Petersburger Z.“ lesen, wenn sie die deutsche Sprache auch nicht verstehen.

— Nach Ernennung des Geh. Ober-Justizrathes Dr. Friedberg, des Verfassers des neuen Strafgesetzbuches, zum Vorsitzenden der bisher von dem Wirkl. Geheimrath Bode präsidirten Immediat-Justiz-Examinations-Kommission hat das erste Mitglied derselben, der Obertribunalsrath Dr. Löwenberg, dem Justizminister Leonhardt seinen Austritt aus der betreffenden Examinations-Kommission angezeigt.

— Nach der „Z. G.“ wird auch die Hypothekfrage wieder auf die Tagesordnung des nächsten Norddeutschen Reichstages kommen.

— Der Justizsenat in Ehrenbreitstein war bisher eine selbstständige Behörde. Am maßgebender Stelle ventillirt man jetzt, nach der „Trib.“, die Frage, ob es nicht besser sei, denselben aufzulösen und mit dem Appellationsgericht zu Wiesbaden zu verbinden.

— Am Mittwoch ist, wie die „Volkstg.“ meldet, eine Deputation der waldenburger Bergarbeiter (Mitglieder des Generalraths des Gewerksvereins) hier eingetroffen, welche eine Audienz beim Könige nachsuchen will, um ihm die dortige Sachlage im wahren Lichte vorzustellen und um Abhilfe der vielfachen Mißstände und Unzuträglichkeiten zu bitten, welche durch das Benehmen der Behörden den Arbeitern gegenüber entstanden sind.

— Der Magistrat von Berlin hatte beschlossen, die Beamten mit ihrem vollen Gehalte zur Einkommensteuer heranzuziehen. Ein Beamter des königl. Stadtgerichts hat hiergegen remonstrirt, ist aber überall und schließlich auch vom Minister des Innern abschlägig beschieden worden. Jetzt hat er den Rechtsweg beschritten; man ist auf die Entscheidung un-

mehr gespannt, als man an eine mögliche Zurückweisung des Magistrats glaubt.

— Der bisher königl. sächsische Legations-Sekretär Frhr. v. Lindenau ist nun als Hilfsarbeiter in das Bundeskanzleramt eingetreten.

— Vorgesien ist hier der Geh. Ober-Regierungsrath Graf Ernst Schlieffen verstorben, vortragender Rath im Ministerium der geistlichen Angelegenheiten (geb. 1811).

— Der Regierungsrath Frhr. v. Herzberg zu Breslau ist, nach der „Krztg.“, in den Rechnungshof des Norddeutschen Bundes berufen worden.

— Obgleich seiner Zeit durch den allgemeinen Widerstand gegen die Einführung des Stügge'schen Legebuchs erreicht worden ist, daß die weitere Benutzung der bisher eingeführten Legebücher gestattet wurde, besteht doch thatsächlich noch der Zwang für die einlässigen lutherischen Schulen, wenn es sich um Einführung eines neuen Legebuchs handelt. Nachdem sich verschiedene hannoversche Lehrvereine aufs Neue an das Abgeordnetenhaus gewandt haben, um die Beseitigung des Zwanges zu erreichen, hat sich der Vorstand des ostfriesischen Lehrvereins jetzt diesem Schritte angeschlossen.

— Die 20. Jan. (Tel.) laut eingegangener telegraphischer Nachricht ist Sr. Maj. Schiff „Arcona“ am 19. d. Mts. von Malta nach Gibraltar in See gegangen.

Dresden, 20. Januar. (Tel.) Erzherzog Karl Ludwig ist heute Nachmittag von Wien eingetroffen und im königlichen Schlosse abgestiegen. Der König war auf dem Bahnhofe anwesend. Am Sonntag reist der Erzherzog nach Berlin ab.

O e s t e r r e i c h .

Wien, 18. Jan. Die heutige „Wiener Btg.“ veröffentlicht folgendes kaiserliche Handschreiben vom 15. Jan.

„Euer Minister v. Plener! Ich habe mich bewegen gefunden, den Ministerpräsidenten Grafen Taaffe, dann die Minister Grafen Potocki und Dr. Berger über deren erneutes Ansuchen ihrer Aemter zu entheben, und beauftrage Sie, mit Ihren Anträgen für ihre definitive Bestallung des Ministeriums vorzulegen. Bis zu meiner hierüber erfolgten Entscheidung finde ich Sie mit der Führung des Präsidiums im Ministeriatte sowie mit der Leitung des Ministeriums für Landesverteidigung und öffentliche Sicherheit neben Ihren demaligen Geschäften provisorisch zu betrauen und haben auch die übrigen Minister ihre Geschäfte fortzuführen.“

Durch dies gleichlautende kaiserliche Handschreiben werden die Minister Graf Taaffe, Graf Potocki und Dr. Berger „auf ihr Ansuchen in Gnaden und unter Anerkennung ihrer mit treuer Hingebung geleisteten Dienste“ ihrer Stellung entbunden. Als Kandidaten für die vakanten Ministerstellen werden genannt: die Fürsten Karlos und Adolph Auersperg, Hofrath Prof. Unger und FML. Nöring.

— Nach einer im „Kamerad“ enthaltenen Angabe beläuft sich der Gesamtvorlust der k. k. Truppen in Süd-Dalmatien vom 7. Okt. bis 30. Nov. v. J. nach offiziellen Erhebungen auf 12 Offiziere, 72 Mann todt, 14 Offiziere, 224 Mann verwundet, 1 Offizier, 48 Mann vermißt, zusammen 27 Offiziere, 344 Mann. Der Effectivbestand der in Süddalmatien operirenden k. k. Truppen Ende Nov. v. J. wird auf 374 Offiziere und 13,130 Mann angegeben.

Wien, 20. Jan. (Tel.) In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Debatte über den Adressentwurf fortgesetzt. Für den Entwurf sprachen Kuranda, Sene und Kaiserfeld. Der letztere spricht sich entschieden gegen die jüngsten Ausgleichsversuche aus und ermahnt das Haus, gegenüber den föderalistischen Tendenzen an der Verfassung festzuhalten. Evcic, Wodick und Greuter sprachen gegen den Entwurf der Kommission.

Beft, 17. Jan. In der heutigen Sitzung des Unterhauses beantwortete der Ministerpräsident Graf Andrassy Biza's Interpellation über die Militärgrenzfrage. Er habe das kaiserliche Handschreiben an den gemeinsamen Kriegsrath nicht gegengezeichnet, damit dem Ate des Monarchen als obersten Kriegsherrn der Charakter der Spontaneität nicht genommen werde. Die Integrität Ungarns sei im Handschreiben selbst vollständig anerkannt. Die Aufregung in der Militärgrenze werde sich legen, wenn die Grenzen einsehen werden, daß ihre materiellen und nationalen Interessen nicht gefährdet

Die chinesische Gesandtschaft in Berlin.

An der Spitze der Gesandtschaft steht der kaiserlich chinesische Gesandte Anson Burlingame.

Wie sagen schlichtweg Anson Burlingame, schreibt die „Trib.“, da derselbe Amerikaner ist, die sich bekanntlich nicht mit langen Titeln und noch weniger mit Orden befassen. Freilich ist er außerordentlicher Botschafter und bevollmächtigter Minister, chinesisch: Tschin-tschin-tschuan-jen-tajen oder wörtlich: Minister von überaus hoher Verantwortlichkeit. Hr. Burlingame ist also kein Chinese, sondern ein Berliner, wenigstens kein preussischer Berliner — denn er ist in New-Berlin, im Staate Newyork, im Jahre 1822 geboren. Schon in der Geschichte der ersten Ansiedler des Staates lesen wir von den Burlingames; sie fochten in den französischen Kriegen des vorigen Jahrhunderts auf amerikanischem Boden und zeichneten sich gleichfalls im Revolutionskriege von 1766, besonders in der Marine, aus. Burlingames Eltern zogen zur Zeit, als Anson noch ein Kind war, nach dem damals fernen Westen, dem Indianerlande Wyandotte, heut Seneca-County im Staate Ohio. Seinem Vater, dem Pflanzungen für die Truppen oblag, half er, obgleich noch ein junger Bursche, Schlachtvieh und Pferde nach dem Territorium Michigan treiben und bestand dabei mehrfache gefährliche Abenteuer mit feindlichen Indianern. Als sich die Eltern später in Detroit (Michigan) niederließen, begleitete Anson, noch immer im Knabenalter, mehrere Forschungs-Expeditionen ins Innere des Landes, bewies sich brav und unerschrocken und wohnte den Verhandlungen mit den Chippeway- und Madinac-Nothhütten bei, ohne schon damals an eine diplomatische Karriere zu denken. Zunächst in die Hochschule zu Detroit aufgenommen, wo er den ersten Unterricht empfing, ließen ihn seine Eltern später an der Universität von Michigan studiren. Hier erlang er sich durch Fleiß mehrfache Auszeichnungen und promovierte vor vollendetem 21. Jahre. An der Harvard-Universität, die er im Jahre 1843 besuchte, audirte er unter dem berühmten Rechtsgelehrten Story Jurisprudenz, erwarb sich den Doktorgrad, ließ sich als Advokat in Boston nieder, wurde in Folge seiner politischen Fähigkeiten in die Legislatur des Staates Massachusetts und bald darauf als Vertreter der Stadt Boston in den Kongreß zu Washington gewählt. Im J. 1861 ernannte ihn Präsident Lincoln zum Vertreter der Union am Hofe von Oesterreich, welchen Posten jedoch B. nicht antrat, weil er erfuhr, daß er wegen seines Votums zu Gunsten der Erhöhung der sardinischen Legation (seitens der Union) zur Gesandtschaft ersten Ranges — in der Hofburg zu Wien keine persona grata sein würde. Statt dessen nahm er den Gesandtschaftsposten nach Peking an, traf dort im Späthjahre 1861 ein und überließ sich hier einem gründlichen Studium der Verhältnisse des Landes und der Regierung zu den fremden Nationen. Bald erkannte er die Mängel einer Politik, welche das Kaiserreich, anstatt es mit andern Nationen zu befreundeten, denselben entfremden mußte. Reformen, die er vorschlug, fanden entschiedenen Beifall seiner Kollegen, des englischen Gesandten, Sir Frederick Bruce, des französischen, Hr. Berthemy, und des russischen, Hr. Wangaly, und man trat nun in die sogenannte „Kooperationspolitik“ ein, dieselbe, welche die jegige Veranlassung für China ist, seine isolirte Stellung aufzugeben und den andern Mächten die Hand zu freundschaftlichen und Gegenseitigkeitsbündnissen zu bieten. Als im J. 1867 Hr. Burlingame seine Rückreise in die Heimath vorbereitete, veranthatete der Regent Chinas, Prinz Kung, ein Dinkel des minderjährigen Kaisers, dem Scheidenden zu Ehren ein Banquet in der Tsung-le-yamen, d. i. im Ministerium des Aeußern, und bei dieser Gelegenheit trug er ihm den hohen Posten eines chinesischen Gesandten an. B. zögerte, dieses To unerwartete Anerbieten anzunehmen, entschloß sich aber dazu auf die dringenden Bitten seiner Kollegen, und ward durch kaiserlichen Befehl vom 21. Novbr. 1867 zum Mandarin ersten Ranges und kaiserlichen Botschafter ernannt. Er zog indessen den einfacheren Titel eines Gesandten vor, und schritt zur Wahl unter den ihm vorgeschlagenen Begleitern. Dieselben sind:

Chih-Tajen, erster beigeordneter Minister.

Chih-u-kann oder Chih-Tajen (Se. Erzellenz Chih) ist in Peking im Jahre 1819 geboren. Ein Mandchu Tartar, gehört er zur Hiang-lau-tschimandschu oder ersten blau geränderten Fahne der ersten mandchurischen Division. Seine Studien beendigte er im Jahre Tao-Kuang (1846) und diente dann als Offizier in der Armee in den Provinzen Tschihli, Honan, Schanling und Schansi. Zwei Jahre später wurde er Direktor der Regierungswerke von Tching-king und im 9. Jahre Hiang-Fung (1859) Inspektor der kaiserlichen Werke in der Hauptstadt. Nachdem er einige Jahre dem Hofmarschallamte vorgestanden, ernannte ihn Prinz Kung zum Sekretär im Ministerium des Auswärtigen. Im Jahre 1863 wurde er Landrath von Tschien-tschin in der Provinz Kweichow, verließ aber auf Wunsch des Prinzen Kung im Ministerium. Im Jahre 1865 begleitete er den kaiserlichen Minister Wen-Tajen auf einer militärischen Expedition nach der Mandchurei, zeichnete sich durch Tapferkeit aus, ward Brigadier, schlug mit seinen Truppen eine bedeutend stärkere Abtheilung der Rebellen und wurde nach der Rückkehr mit der Decoration der Pfauenfeder geschmückt und zum Toatais oder Kreis-hauptmann ernannt, eine angesehene Stellung, mit welcher die Zoldirection in einem der Häfen des Reiches verbunden ist. Da derartige Vakanzen selten sind, trug man ihm in Anbetracht seiner vielseitigen Erfahrung und Kenntnisse, besonders im diplomatischen Fache, seinen jetzigen Posten an, nämlich als erster beigeordneter Minister an der Seite Burlingames. Von untergeordneter Gestalt, mit mehr kaukasischen als tartarischen Gesichtszügen, ist Chih-Tajen ein eifriger Beobachter der Politik und des Kulturzustandes fremder Nationen, deren Geschichte und Institutionen er mit rastlosem Eifer studirt. Mit Allem, was sein Geburtsland betrifft, aufs Innigste vertraut und höchst liberal in seinen Anschauungen, ist er ein für die Interessen des Kaiserreichs und die Zwecke der Mission in jeder Weise geeignetes Mitglied.

Sun-Tajen, zweiter beigeordneter Minister.

Sun-Chia-Tschung oder Sun-Tajen (Se. Erzellenz Sun) ist im Gegenfaze zu mandchus oder chinesischen Tartaren, ein eingeborener Chinese, und zwar aus Schouschong, Provinz Gau-hway, und im Jahre Kwih-wai des chinesischen Kalenders, entsprechend dem Jahre 1823 unserer Zeitrechnung geboren. Er promovierte im 29. Jahre von Tao-Kuang (1849), erreichte den folgenden Grad im zweiten Jahre von Hiang-Fung (1852) und vier Jahre später den dritten Grad. Von 1853 bis 1856 leistete er ausgezeichnete Dienste in Feldzügen gegen Rebellen, welche weit über 100,000, von der Hälfte dieser Zahl imperialistischer Truppen geschlagen wurden. Im Jahre 1859 nach seiner heimathlichen, von den Taipings bedrohten Provinz gelangt, organisierte er eine Volkswehr, vertheidigte mit dieser die Stadt Schou-tschu, wurde von den Rebellen unter deren berühmtem Anführer Miao-Yilin hartnäckig belagert und erfocht einen glänzenden Sieg über dieselben. Zuvor zu einem hohen Amte im Zivildienst ernannt, wurde er 1861 in das Ministerium des Aeußern berufen, wiederholtlich von seinen Vorgesetzten belobt und mit dem Titel eines Toatais belohnt. Als Beweis des Vertrauens, welches die kaiserliche Regierung und das Volk in ihn setzten, wurde er mit dem Amte eines kaiserlichen Seniors bekleidet. In China steht das, aus hervorragenden Männern gebildete Kollegium der Seniors zwischen Thron und Volk, schüßt letzteres gegen ungesetzlichen Druck und hält ersteren für Pflichtverletzungen und Ueberschreitung seiner Prärogative verantwortlich. Nach chinesischen Anschauungen vermag der Kaiser Unrecht zu thun; geschieht dies, so ermahnen ihn die Seniors, bringen Rechtsverletzungen zu seiner Kenntniß und es liegt ihm dann ob, sich zu entschuldigen. Im Dezember 1867 wurde Sun-Tajen, nachdem ihm die Decoration der Pfauenfeder und der zweite Grad der Rangordnung verliehen, zum jüngeren, die Mission begleitenden Minister ernannt. Mehr als 16 Jahre im Staatsdienst, wovon 7 im Ministerium des Aeußern, hat er sich durch Intelligenz und Energie zu einem hervorragenden Posten emporgeschwungen und gehört, durch die Fülle seines Wissens, zu den bedeutendsten Männern seines Landes.

Die Frauen-Konferenz in Berlin.

V.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung war: Die berufsmäßige Ausbildung zur Krankenpflege auch außerhalb der bestehenden kirchlichen Organisationen.“ Erster Referent Herr Prof. Birchow wirt einen Blick auf die vorhandenen Krankenhäuser, welche unter kirchlicher Leitung stehen und ohne ihre Vortrefflichkeit im Einzelnen anzutasten, findet er ihren Fehler in der Vermischung des religiösen Elements mit dem eigentlichen Zweck einer solchen Anstalt. Er ist der Meinung, daß sich das kirchliche Uebergewicht auf Kosten der sachlichen Aufgabe leicht geltend macht, wie dies die eben eingeleitete Untersuchung gegen Bethanien vermuten läßt, wo nicht ein Versehen der Aerzte, sondern ein Fehler der Organisation schuld sein soll an der auffallenden Sterblichkeit der Menschen. Der Redner läßt das noch zweifelhafte Resultat der Untersuchung dahingestellt, findet aber schon jetzt einen Mahrnus darin, der Krankenpflege eine andere Basis und Richtung zu geben. Er hält die bürgerliche Gesellschaft für verpflichtet, diese rein menschliche Angelegenheit in ihren Schutz zu nehmen. Die staatlichen und städtischen Krankenhäuser sollen gleichsam als Schulen zur Ausbildung in der Krankenpflege benutzt werden und zwar nach dem Vorbilde Dänemarks und Englands, wo es den Bemühungen von Miß Nightingale geglückt ist, ein geschlossenes Korps weiblicher Pflegerinnen zu organisiren, nicht bloß zum Dienste der Frauen, sondern eben sowohl für die männlichen Abtheilungen. Referent ist der Ansicht: „daß die Sorge auch für einen Mann einer gebildeten weiblichen Person sicherer überlassen werden kann als je einem Manne, und daß die eigentliche verantwortliche Stellung am Krankentbett in Hospitälern der Frau gebühre.“ Zu diesem Zweck sollten die Vereine mit den Krankenhäusern in Verbindung treten. Einmal um die Auswahl geeigneter Persönlichkeiten zu unterstützen, ferner um durch Begünstigung gemeinschaftlicher Kassen die materielle Lage der Pflegerinnen zu sichern, also gleichfalls durch eine Art von Genossenschaftswesen, wie es auf anderem Gebiete erstrebt wird. Hat sich erst durch Anregung und Unterstützung von Vereinen eine derartige Krankenpflege organisiert, so steht zu erwarten, daß die Honorarzahlungen für tüchtige Pflegerinnen die ersten Opfer genügend decken werden.

Nicht minder wichtig für unsere Volkswohlfahrt wie die Krankenpflege sei aber auch die Gesundheitspflege, welche der Redner als besonderen Lehrgegenstand auf öffentlichen Schulen, namentlich auf Seminarinen empfiehlt. Der Referent faßt seine Prinzipien in 5 Thesen zusammen, mit welcher sich die Versammlung einverstanden erklärt.

Die Korreferentin, Frä. Luise Bächner ist in der Lage, das Bild einer bereits organisirten weiblichen Krankenpflege außerhalb des kirchlichen Verbandes zu entwerfen, die dem Kriegsjahre 1866 ihre erste Entstehung verdankt.

Die Gründerin dieses Vereins ist die Prinzessin Alice von Hessen. Unter ihrer Präsidenschaft steht das Zentralkomitee zu Darmstadt, das mit einem Netz von Lokalvereinen verbunden ist. Die ersten zwei Pflegerinnen wurden in Bethanien ausgebildet, andere im Bürgerhospital zu Darmstadt und im Nothhospital zu Mainz; gegenwärtig fungiren neun aktive Pflegerinnen, welche sämmtlich Frauen aus den gebildeten Ständen sind. Sie beziehen einen jährlichen fixen Gehalt vom Verein, sollen in Krankheitsfällen unterstützt und im Alter versorgt werden. In ihrer Tracht wird das Prinzip der Freiheit gewahrt und nur die Zweckmäßigkeit berücksichtigt. Eine einfache Nadel mit dem rothen Johannerkreuz auf weißem Grunde wird jeder Pflegerin als symbolisches Zeichen gegeben. Wie der Verein der Meinung war, daß grade die gleichförmige ernste Ordenstracht für manche Kranke etwas peinlich Beunruhigendes hat, so wünschte er auch, daß die Berufspflegerin in stetem Zusammenhang mit dem Leben bleibe und sich dessen edlere Genüsse und Anregungen nicht verjage, um durch eine frische Lebensanschauung wohlthunend auf die Stimmung des Leidenden einzuwirken. Der Ernst werde einer gebildeten Frau ohnehin nicht fehlen, die sich freiwillig solchem Berufe widmet. Um das Interesse nach dieser Richtung auch in weiteren Kreisen

find. Nachdem das Haus diese Antwort zur Kenntniß genommen hatte, wurde die Budgetdebatte fortgesetzt.

Frankreich.

Paris, 18. Jan. Im gesetzgebenden Körper legte die Regierung einen Gesetzentwurf, betreffend das Budget der Stadt Paris, vor, der die provisorischen Maßregeln festsetzt, welche zu ergreifen sind, um den eingegangenen Verpflichtungen der Stadt gerecht werden zu können. — Für das „Kind von Frankreich“ (eventuell Napoleon IV.) wird bereits — zunächst von den Zeitungen — eine Braut gesucht. Eine englische Zeitung hat bereits vier Namen auf die Liste gesetzt: eine Tochter des Herzogs von Nemours, eine dito des Herzogs von Montpensier, eine belgische Prinzessin und die Erzhersogin Gisela. Bis diese jungen Damen nebst dem Bräutigam heirathsfähig werden, kann sich Manches geändert haben.

Das „Journal de Nice“ giebt aus dem Briefe einer Person, welche der Familie des Prinzen Peter Bonaparte ganz nahe steht, sehr bestimmte und zum Theil neue Angaben über den Ursprung und Verlauf des Vorfalls zu Auteuil, denen wir Folgendes entnehmen:

Der Prinz hatte sich in einem Schreiben an einen Herrn de la Rocca in sehr starken Ausdrücken über gewisse korrische Demokraten ausgesprochen; er meinte zunächst die Redakteure des korrischen Blattes, „la Revanche“, hatte sie aber nicht genannt und auch nicht das Blatt selbst. Darauf erschien in der „Revanche“ ein Artikel von Hrn. Commafi voll der größten Injurien gegen den Prinzen, worauf dieser beschloß, durch Vermittelung der Herren Paul de Cassagnac und de la Rocca den Commafi herausfordern zu lassen; das Duell sollte zu Nizza stattfinden. Damit schien die Sache geordnet, als am Abend desselben Tages der Artikel der „Revanche“ in der „Marseillaise“ erschien mit beleidigenden Zusätzen von Rochefort, worauf der Prinz den bekannten Brief an Rochefort schrieb und dessen Sekundanten erwartete. Am Montage nach dem Frühstück besand sich der Prinz mit seiner Familie im Salon, als zwei Herren gemeldet wurden. Der Prinz glaubte, daß es die erwarteten Sekundanten Rocheforts seien; er ging, um sich anzukleiden, die Prinzessin zog sich mit den Kindern in ihr Zimmer zurück; die Herren wurden in den Salon geführt. „Als der Prinz aus seinem Zimmer in den Salon eintrat, kamen die beiden Personen ihm entgegen und übergaben ihm einen Brief. Der Prinz trat ans Fenster, um ihn zu lesen, als er aber die Unterschrift sah, sagte er: „Das ist ja nicht von Hrn. Rochefort.“ Darauf trat Hr. Viktor Noir auf ihn zu und sagte mit freudiger Stimme: „Wenn auch; lesen Sie!“ worauf der Prinz erwiderte, indem er den Brief zerstückte: „Er ist so gut wie gelesen. Ich schlage mich mit Hrn. Rochefort, nicht mit seinen Handlangern.“ Auf dieses Wort gab ihm Hr. Viktor Noir eine Ohrfeige, während Hr. Uric de Bonville, der etwas entfernt stand, mit einem Revolver auf ihn anlegte, vermutlich um ihn in Respekt zu halten und ihn zu verhindern, seinen Gegner wiederzuschlagen. Unter dem Eindruck dieser Beschimpfung und dieser Drohung zog der Prinz seinen Revolver und schloß auf den nächsten seiner Gegner.

Paris, 20. Jan. (Tel.) In Creuzot dauert die Arbeitseinstellung fort, doch haben keine Ruhestörungen stattgefunden. Präsident Schneider ist daselbst eingetroffen. Die Arbeiter verlangen, daß alle wegen Ausbleibens ohne Erlaubniß entlassenen Arbeiter wieder aufgenommen werden, und der Direktor der Hüttenwerke, Renaud, zurücktrat. Unter den entlassenen Arbeitern befindet sich der Vorsteher der Unterstützungskasse. — Das Besondere Raspaills hat sich etwas gebessert.

Spanien.

Die neuesten Nachrichten aus Hayti bestätigen die Einnahme von Port-au-Prince durch die Aufständigen. Am 18. Dez. erfuhr die General-Brigade, unterführt von dem Kriegsdampfer Florida, welcher ein Schiff Salnaves eroberte, den Angriff auf die Stadt; Salnave rettete sich in den Palast, mußte aber bald vor den Bomben seines eigenen, nun vom Feinde benutzten Schiffes, welche das Gebäude in einen Schutthaufen verwandelten, seine Flucht mit 1000 Getreuen in das Fort „National“ nehmen. Der Befehlshaber eines britischen Kriegsschiffes bot ihm eine sichere Stätte an, wenn

er abhandeln wolle. Salnave aber schlug es aus und erklärte, er werde die Stadt und dann sich selbst zerstören, ehe er sich ergebe. Er soll sogar an den südlichen Theil der Stadt Feuer angelegt haben. Am 19. Dez. erschloßen die Aufständigen einen Zug von 1500 Mann Kavallerie und 3000 Mann Infanterie aus St. Marx. General Brice erließ eine Befehlsmachung, in welcher er auf Plünderung oder Gewaltthatigkeiten gegen ruhige Bürger die Todesstrafe setzte.

Madrid, 19. Jan. (Tel.) In der heutigen Sitzung der Cortes beantragte der Finanzminister Figuerola, ihm die Autorisation zu ertheilen, ein Anlehen von 720 Mill. in Schatzanweisungen aufzunehmen. Derselbe will ferner die Minen von Almada und Rio Tinto, Kronüter und andere Domänen veräußern. Er hält aufrecht einen Abzug von 5 Prozent auf Renten und erhöht auf 10 Prozent die Abzüge von Gehältern und Pensionen der Beamten. Ausgenommen von diesen Finanzmaßregeln sind die 4 nächstfälligen Kupons, zu deren Zahlung gleichzeitig besondere Mittel von ihm angewiesen werden.

Italien.

Florenz, 20. Jan. (Tel.) Der Ministerpräsident Lanza hat sich nach Turin begeben, um dem Könige mehrere Dekrete zur Unterzeichnung vorzulegen, darunter auch — dem Vernehmen nach — ein Dekret, durch welches die Vertagung der Kammern bis zum 15. Feb. oder 7. März ausgedehnt wird. Von manchen Seiten versichert man sogar, daß das Ministerium beschloßen habe, die Wiedereröffnung der Kammern bis zum September zu verschieben. — Die ministerielle „Opinione“ führt den Nachweis, daß die Aufstellung des Budgets bis zum 1. Feb. unausführbar sei. — Der hiesige Kassationshof hat die Entscheidung des Appellationshofes in der Lobbiaschen Angelegenheit abgeändert und zugestanden, daß die Akten dem Parlament vorgelegt werden dürfen.

Aus Rom schreibt man der „Presse“ unterm 12. Jan.: Soeben erfahre ich Näheres über die bedeutende Rede des Erzbischofs Haynald. Derselbe war hauptsächlich gegen die hyperbyzantinischen Ansichten des paderborner Bischofs Martin gerichtet, welcher, abgesehen von anderen Rechten und Freiheiten der Bischöfe und des Konzils, die er in Frage stellen zu müssen glaubte, insbesondere der Vaterverammlung das Recht bestritt, ihr nicht zugehörige Vorlagen geradezu zu reproduzieren. Haynald bewies nun aber, daß, wer das Recht zu approbieren habe, sich getrost auch das Recht, zu reprobieren, vindizieren dürfe, und nahm sich überhaupt mit Wärme all jener Freiheiten an, die jener Belot in Zweifel gezogen hatte. Es ist bezeichnend für den Eifer des Bischofs Martin, daß dessen Name als der erste unter dem Postulat für die Infallibilität figurirt — wer hätte gedacht, daß ein deutscher Bischof nach diesem Ruhme geizen würde?

Der „Köln. Ztg.“ wird unterm 14. Jan. aus Rom geschrieben:

Die deutschen Bischöfe empfinden es lebhaft, daß sie bei der schwierigen Stellung, die sie augenblicklich in Rom zu verteidigen haben, nicht nur jeglicher Unterstützung der auf die öffentliche Meinung einwirkenden Organe bar, sondern dazu auch noch vielfachen und auf falschen Voraussetzungen ruhenden Angriffen ausgesetzt sind. Momentlich hat ein hochgehaltener Kirchenfürst deutscher Zunge sich durch die über seine schwankende Parteilichkeit in Umlauf gesetzten Nachrichten und die derselben unterlegten Motive in hohem Maße verletzt gefühlt. Es ist das gemiß sehr zu bedauern, aber so weit es lediglich die Folge von Mißverständnissen ist, schwerlich zu ändern, so lange diese Herren, ganz anders, als ihre französischen und englischen Kollegen, sich in vornehmer oder ängstlicher Abgeschlossenheit die Möglichkeit der Verhütung oder Berichtigung entstellter Nachrichten entziehen. Die wenigen Exemplare des „Français“, welche überhaupt den Weg nach Rom finden, erscheinen seit den letzten Tagen mit großer Unregelmäßigkeit und scheinen vielfach konfiszirt zu werden. Die geschickte und maßvolle Weise, mit welcher dieses Blatt für die Freiheit des Konzils eintritt, hat demselben offenbar das höchste Mißfallen der hiesigen Regierung zugezogen. Die „Unita Cattolica“ theilt heute eine angebliche Aeußerung des Papstes mit, gemäß welcher das Konzil drei Stadien durchmachen müsse: dasjenige

des Teufels, der Haber, Streit, Eigenliebe und Unvorsichtigkeiten wecke, das des Menschen, der studire, arbeite, versuche, sein Bewußtsein ein wenig getrieben, aber gehalten durch den Gedanken ein sein Gewissen und an Gott, und das Stadium des heiligen Geistes, der jede Schwäche zerstreue und triumphire nach seiner Verheißung. Das Konzil selbst nur scheint der „Unita Cattolica“ am dritten Stadium angelangt zu sein, während der „Français“ sich noch im ersten befindet. Der Inspirator eben dieses „Français“ ist aber nach der Versicherung aller Jesuitenblätter kein anderer, als der Bischof von Orleans.

Vom Landtage.

51. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Berlin, 20. Januar. Eröffnung um 10 Uhr. Am Ministertische Graf Ipenplitz und zahlreiche Kommissare. Abg. Berger (Witten) begründet seine von 148 Abgeordneten aller Fraktionen unterstützte Interpellation: ob und event. wann die Staatsregierung der in der 57. Sitzung der letzten Session des Hauses der Abgeordneten am 12. März 1868 ausgesprochenen in der gegenwärtigen Session einen Gesetzentwurf über den Bau einer festen Brücke bei Tilsit und einer Eisenbahn von Memel nach Tilsit zum Anschlusse an die Tilsit-Insterburger Bahn dem Landtage vorzulegen, entsprechen werde. — Der Interpellant führt aus: Die Ausführung dieser Bahn ist eine Ehrenpflicht. Als der Nothstand in Ostpreußen auftrat, bemühten sich Regierung und Landtag, ihn zu beseitigen. Es wurde die 40-Millionen-Anleihe aufgenommen zum Bau der Bahnen Thorn-Insterburg und Dirschau-Schneidemühl; wenn ich nicht irre, war in dieser Anleihe auch die Bahn Memel-Tilsit eingeschlossen und ich bedauere, daß dies nicht besonders konstatiert ist. Die Größe des Nothstandes beweist der Rückgang der Einkommensteuer in der Stadt Memel, von 7932 Thlr. im Jahre 1866 auf 3749 Thlr. im Jahre 1868, und wie in der Stadt sind die Verhältnisse im ganzen Kreise. Memel wandte sich 1868 in mehreren Petitionen wegen des Baues der Bahn an uns. Nur eine überwiegen wir der Regierung zur Berücksichtigung, in der Debatte wurde die hohe Wichtigkeit der Bahn von allen Seiten anerkannt, und die Sache nahm guten Fortgang. Der Handelsminister forderte auf, daß sich eine Gesellschaft zum Bau der Bahn bilden möge, unter Uebernahme einer Zinsgarantie seitens des Staates. Die Gesellschaft bildete sich und entsprach allen an sie gestellten Anforderungen. Da plötzlich änderte sich die Situation: weder der Handelsminister noch andere Behörden ließen etwas über das Unternehmen verlauten. Im Februar vorigen Jahres kamen deswegen Deputirte aus Memel, denen nach einer Sitzung der Staatsministerien erklärt wurde, es könne die Vorlage in jener Session nicht mehr erfolgen; die Deputirten möchten dafür sorgen, daß der Reichstag und Landtag die schon 1868 geforderten Steuern bewilligten, dann würde die Regierung auch die Mittel finden, ihren Wunsch sogleich zu erfüllen; im nächsten Landtage werde die Vorlage bestimmt erfolgen. Hiernach erwarteten wir im Oktober v. J. als erste Vorlage die wegen des Baues der Bahn Tilsit-Memel und zwar umsomehr, als unter allen Städten Preußens über 12,000 Einwohner Memel allein ohne Eisenbahnverbindung ist. Die Vorlage ist nicht erfolgt, ungeachtet das Haus auf meinen Antrag noch ausdrücklich die Regierung gegen den Schluß der vorigen Session dazu aufforderte. Bei Gelegenheit des letzten Herbstmanders in Ostpreußen petitionirten die Behörden Memels wegen der Bahn beim Könige. Er sagte eine baldige Ausführung zu und soll das echt konstitutionelle Wort hinzugefügt haben: „Mein Wort allein macht noch kein Geld! Ich denke aber, wenn das Wort der Landesvertretung sich mit dem des Königs vereinigt zur Abhilfe eines Nothstandes, dann muß dieses Wort Geld machen, wenn auch die Herren am grünen Tische noch so sehr das Gegenteil behaupten.“ (Beifall.) Im Beginn dieser Session entschuldigte die Regierung das Ausbleiben der Vorlage bei mehreren Gelegenheiten mit dem Defizit. Um dieses zu beseitigen, genehmigten wir die zu dem Zwecke gemachten Vorlagen, jedoch nicht, ohne jedes Mal die Regierung ihre Ehrenschuld gegen Memel zu Gemüthe zu führen. Ja, wir erklärten geradezu: So lange diese Bahn nicht gebaut ist, bewilligen wir keine andere! Die Interessenten glaubten sich nach Befreiung des Defizits ihrem Ziele nahe. Der Oberpräsident der Provinz gratulirte ihnen auch schon in einem Zirkular, in dem er bekannt machte, daß die Herren Finanzminister und Handelsminister gemeinsam ihm mitgetheilt hätten, die Vorlage werde noch in dieser Session erfolgen, sobald das Defizit beseitigt sei. Das ist der Fall schon seit fünf Wochen und immer ist die Vorlage noch nicht erfolgt. Ein Hinderniß in der Finanzlage des Staats mag die Regierung für andere Anträge finden, sie darf es aber nicht dieser Bahn gegenüber, die einen Ausnahmefall bildet. Da muß von allen derartigen Rücksichten abgesehen wer-

Unsere Zeit.

Die rühmlichst bekannte Zeitschrift „Unsere Zeit“, herausgegeben von Rudolph Gottschall (Leipzig, F. A. Brodhaus) richtet bei Beginn des neuen Jahrgangs 1870, dessen erstes Heft erschienen ist, eine Ansprache an ihre bisherigen und zukünftigen Leser, der wir folgende Stellen entnehmen: Das Bestreben der Redaktion und der Verlagsabhandlung, „Unsere Zeit“ aus der ursprünglichen englopödischen Gestalt immer mehr in eine Zeitschrift nach dem Muster der großen französischen Revuen zu verwandeln, sie zu einer deutschen „Revue des deux mondes“ zu machen, ist vom günstigen Erfolge getränkt worden. Wir sind im Stande gewesen, vor drei Jahren den Umfang der Zeitschrift zu verdoppeln, indem wir statt eines Monatsheftes zwei erscheinen ließen, und dürfen uns jetzt rühmen, daß diese Revue eine größere Verbreitung hat, als irgend ein deutsches Journalunternehmen ähnlicher Art. Der Zusammenhang der Zeitschrift mit dem „Konservations-Vergil“ besteht übrigens seinem Wesen nach fort; nur die Form der Ergänzung ist eine freiere geworden. Wie die bisherigen Jahrgänge zur Genüge beweisen, hat es sich die Zeitschrift zur Aufgabe gestellt, ein umfassendes Gemälde der Politik und Kultur der Gegenwart zu geben, so wenig aufdringlich auch dieser innere Zusammenhang erscheint und sich daher dem sündigen Einblicke entzieht. Es giebt kaum einen der modernen Kulturstaaten, dessen Geschichte in den letzten Jahren nicht in selbständigen Abhandlungen den Lesern vorgeführt worden wäre. Das vollständige alphabetische Register der fünf Jahrgänge 1865—69 (neun Bände), das dem Schluß des Jahrgangs 1869 beigelegt ist, gewährt eine bequeme Uebersicht des reichen und gewählten Inhalts. Diese allgemeinen zeitgeschichtlichen Darstellungen werden durch Biographien ergänzt, welche theils selbstständige umfassende Charakterbilder geben, theils in kürzern Nekrologen die hervorragenden Tatsachen aus dem Leben der Zeitgenossen zusammenstellen.

Die Philosophie, soweit sie sich nicht ins streng wissenschaftliche abschließt, findet ebenfalls eingehende Beachtung. Desgleichen fehlt es nicht an größeren Essays über literarische und künstlerische Gegenstände, und haben diese zum Theil in ausländische Zeitschriften übergegangen, namentlich in Rußland und Schweden vorbereiteten Abhandlungen dem Blatte auch die Bedeutung einer kritischen Autorität gesichert. Gebührende Beachtung fanden ferner die Industrie und Technologie, die Nationalökonomie und Statistik, sowie die Naturwissenschaften.

Die Mittelglieder zwischen den hervorragenden Punkten der Entwicklung werden von Neuem ausgefüllt, welche die neuesten Erscheinungen auf den Gebieten der Technologie, der Erd- und Völkerkunde, der Literatur, Musik, des Theaters und der bildenden Kunst in den Kreis der Besprechung ziehen und so vollständig in keinem anderen Blatte zu finden sind.

Wie die letzten Hefte des Jahrgangs 1869 werthvolle Aufsätze aus den verschiedensten Gebieten vorführten, unter denen namentlich zwei Artikel über die Geschichte Bayerns in den letzten 20 Jahren gerade in dem jetzigen Augenblicke die Aufmerksamkeit in hohem Grade auf sich zu ziehen geeignet sind, so giebt auch das erste Heft des neuen Jahrgangs bereits Zeugniß von der zu erwartenden Mannigfaltigkeit des Inhalts. Mit einem gediegenen Artikel: „Der Suezkanal und seine Eröffnung“, von dem preussischen Geh. Oberpostsrath S. Stephan, welcher den Eröffnungsfestlichkeiten beiwohnte, beginnt das Heft; es folgt: ein Essay von Friedrich Althaus über den neuesten Byron-Standal, eine Biographie der berühmten Reisenden Alexandrine Tanne von Richard Andree, ein Aufsatz „Ueber deutsche Volksbanken“ und ein anderer „Ueber die explosiblen Substanzen der Neuzeit“ von Professor Schwarz in Graz, schließlich eine Reihe von Nekrologen, welche zum Theil den Werth selbstständiger Charakterbilder beanspruchen können.

ten des zweiten Tages gezeigt, welche Fälle des Materials noch einer künftigen Klärung harret und wie überaus nothwendig für die innere Entwicklung der Fragen das Forum öffentlicher Versammlungen ist, so glauben wir, auch nach Augen sollte diese Konferenz eine mehr als vorübergehende Bedeutung haben.

Wie hätte sich unsere hochherzige Kronprinzessin nur darum an die Spitze eines Unternehmens gestellt, um ihm den Glanz ihres Namens zu verleihen? Hätten so hervorragende Männer unserer Nation die Kraft ihrer Beredsamkeit eingesetzt um eines ständigen Einbruchs willen? Und sollten die belehrten Frauen selbst die Opfer einer beschwerlichen Winterreise, die ungleich größeren Opfer, die noch für jede Frau mit der öffentlichen Bekanntheit ihrer Gesinnung verbunden sind, müthig dargebracht haben, ohne in verwandten Frauenkreisen einen Zug freundiger Sympathie zu wecken? Wahrlich, die Sache, die uns zusammengeführt, war keine persönliche. Nicht die unglücklichen, verkümmerten Frauengestalten, die mit der Noth des Daseins ringen, waren in die Versammlung getreten. Nein, getade Frauen, welcher ein gültiges Geschick den Boden freundlicher Lebensverhältnisse bereitet hat: gerade sie fühlten sich verpflichtet, für das Loos ihrer minder glücklichen Schwestern einzutreten mit ihrer Person. Sollte das Beispiel nicht ein Mahnruf sein für alle Frauen, denen es ja auch nicht an Verstand, an warmer Theilnahme, an Mitteln fehlt, in ihrem Kreise gleichfalls jene Bestrebungen anzulegen? Wohl kennen wir die Schwierigkeiten und Hindernisse, welche der Gründung von Vereinen aller Orten im Wege stehen. Es ist vor Allem die wohlbegündete weibliche Scheu vor der Öffentlichkeit; die Ungewißheit, ob die eigene Gesinnung auch von Andern gebilligt, getheilt werde; es ist die Furcht vor dem Vorurtheil und ein Mißtrauen in die eigene Kraft; es ist vielleicht auch noch die Unklarheit über die nächsten praktischen Ziele, ohne welche man skeptischen Geistes heutzutage freilich nicht entgegengetreten darf! Alle diese Schwierigkeiten — und es giebt deren noch mehrere — lassen sich nicht wegschöpfen.

Wenn sie nicht vorhanden, dann befinden wir uns eben in gesünderen Zuständen und fähren einen Kampf gegen Windmühlen. So wenig wir jedoch die Hemmnisse mancherlei Art unterschätzen, so wenig erscheinen sie uns als unüberwindliche. Es ist dem Menschen eine Waffe verliehen, die Alles besiegt, das ist die sittliche Kraft. Auf welchem Gebiete es sei, zu welchem Unternehmen sie waaggerufen werde, sie ist die siegende Gewalt gegen alle Hindernisse der Welt.

Wenn nur zehn geachtete Frauen einer Stadt — womöglich aus jedem Stande — unterstützt von einigen gleichgesinnten Männern zu einem Komitee zusammentrieten, eine Versammlung einladen, ihr die ersten Motive zur Gründung eines Vereins und die nächsten Ziele desselben darlegen, dann ist sicher eine Schöpfung ins Dasein gerufen, die in sich selbst die Garantie ihrer Lebensfähigkeit trägt. Und warum kann diese Stadt nicht die Hauptstadt der Provinz Wosen sein? Beleben ihr etwa die geeigneten Elemente? Nun, wir meinen, sie kann sich an Intelligenz, an geistiger Regsamkeit mit jeder andern Stadt messen. Oder fehlt ihr etwa der Geist edlen Gemeinfinns, der Humanität? Wir wissen, es leben im Gedächtniß ihrer Bürger Taten, die solchen Geist bekunden, und es stehen noch zum reichen Segen kommende Geschlechter Zeugnisse und Denkmale da von edlem Bürgerfinn!

Wohlan denn, auch die Angelegenheit der Frauen ist würdig, mit aufgenommen zu werden in das öffentliche Leben der Hauptstadt. Hat der verehrte Vorsitzende unserer Konferenz die lokale, nationale und internationale Bedeutung der Frauenfrage hervorgehoben, so können wir nicht umhin, hinzuzufügen, sie ist eine erste, hochwichtige Familienangelegenheit, und wir meinen, Familienväter und Mütter werden dies im Tiefinneren ihres Herzens, im Hinblick auf vereinsamte Schwwestern, auf heranwachsende Töchter bestätigen!

anzuregen, haben es einige darmsittliche Ärzte unternommen, populäre Vorträge über Gesundheitslehre, Ernährungslehre, Kinderkrankheiten z. u. halten, Gegenstände, mit denen sich gewiß die Frauen überall gern vertraut machen würden, wenn sich ihnen die Gelegenheit dazu böte.

Die Referentin schließt mit einem begeisterten Hinweis auf die große Zukunft dieser Bestrebungen. „Der Stand der Berufspflegerinnen“, sagt sie, „ist dazu bestimmt, im Laufe der Jahre das zu ersetzen und auszuführen, was man bis dahin unzertrennlich vom mittelalterlichen Geiste gehalten hat. Tausende von Frauen werden sich dem edelsten Berufe, Leidende zu trösten und zu unterstützen, mit hingebendem Eifer widmen, aber kein Ordenskleid, kein Nonnenschleier wird sie mehr absondern von dem allgemeinen Pulsschlag des Lebens, sie werden um so wärmer und tiefer empfinden, weil sie nie verlernt, mit dem Weinenden zu weinen und sich mit dem Fröhlichen zu freuen.“

Die Diskussion über diesen Gegenstand bietet wieder ein reichhaltiges Material, das der drängenden Zeit wegen nicht genügend verwertet werden konnte. Hr. Prof. Gmülinghaus aus Karlsruhe berichtet, wie schon im Jahre 1869 auf Anregung der Frau Großherzogin Louise von Baden ein Vereinstitut für Krankenpflegerinnen — im Geiste Virchow's — begründet worden, die sich eines so ausgezeichneten Rufes erfreuten, daß man von allen Orten nach ihnen verlangt. Frau Lina Morgenstern giebt einen Bericht über ihre Pflegetätigkeiten für Säuglinge, die wohl geeignet sind, neben ihrem humanen Zweck zugleich eine Lücke in der weiblichen Bildung auszufüllen, indem dort jungen Mädchen Gelegenheit geboten ist, sich mit den ersten Lebensbedingungen des Menschen bekannt zu machen. Es entzieht sich unserer Urtheil, welche Resultate Frau Morgenstern für diesen Neben Zweck der Anstalt erreichen wird. Ihre Hauptabsicht, jenen kleinen, hilflosen, unschuldsvollen Geschöpfen eine friedliche Stätte als Lebensanfang zu bereiten, hat sie in einer Weise so verwirklicht gewußt, die ihrem Geiste, wie ihrem Herzen in gleichem Grade zur Ehre gereichen. Wir konnten es uns nicht versagen, diese neuwache gemeinnützige Schöpfung der rafflos wirkenden Frau unter ihrer persönlichen Begleitung in Augenschein zu nehmen. Es war ein schaurig-er kalter November-Abend. Draußen heulte der Sturm, strömte der Regen. Drinnen im Asyl lagen die Kleinen, sorglich behütet, warm und weich gebettet, unter dem Schutze treu waltender Frauenliebe! Wir prüften selbst mit mütterlichem Interesse die Lagerstätten, Bäder- und Kochapparate, Waschspinde, und wir bekennen, daß wir die musterhafte Ordnung sämtlicher Einrichtungen bewunderten. Unwillkürlich mußte man sich fragen: wo wären diese hilflosen Kleinen jetzt, wenn das Asyl nicht existirte?

Ueber das Thema der Krankenpflege berichtet noch Hr. Dr. Nawoth, daß der berliner Lazarth-Verein die Absicht habe, ein eigenes Krankenhaus zu bauen, in welchem Pflegerinnen nach den Virchow'schen Prinzipien ausgebildet werden sollen. Hr. Prof. v. Holzendorff erklärt darauf die Diskussion für geschlossen und Hr. Auguste Schmidt dankt ihm im Namen der anwesenden Frauen für seine aufopfernde Thätigkeit. Er weist demnach noch einen Rückblick auf die Verhandlungen und wendet sich mit Befriedigung an die Versammlung: Haben wir nicht in unserer Mitte die bedeutendsten Frauen auf literarischem und sozialem Gebiete gesehen? Haben wir nicht Frauen gesehen — Musterbilder des häuslichen Lebens — die aus dem Kreise ihrer Hauslichkeit herausgetreten sind, um hier in der Konferenz zu erscheinen? Haben wir nicht den thatsächlichen Beweis einer tiefen Ueberzeugung gesehen und einer Entschlossenheit zum Werke? Haben wir nicht unter uns gehabt Biederden des Landtags, Männer, deren Stern schon gegenwärtig umschattet ist von dem Lorbeer, der nur dem gereiften Verdienste gebührt, sei es auf einem Gebiete der Wissenschaft oder auf dem Gebiete der großen gesellschaftlichen Reform?

Der Redner schließt mit der Hoffnung, daß wir uns auf der nächsten Konferenz mit festeren Vorsätzen, klareren Zielen der gesteigerten Resultate wiederfinden werden!

Auch wir können nicht schließen, ohne die Hoffnung auszusprechen, daß die Wirkung der Konferenz von größerer Tragweite sein werde, als es selbst unter dem augenblicklichen Eindruck der Verhandlungen von den Theilnehmenden empfunden worden. Hat uns die knappe Gedrängtheit der Debat-

den, zumal die Kosten für Brücke und Bahn auf nur 6 1/2 Mill. Thlr. veranschlagt sind. Was sind 6 1/2 Millionen bei unserer gesunden Finanzlage! In der Konfliktzeit, die ja der Herr Handelsminister mit durchgemacht hat, sind wir, obgleich wir den Minister kein Geld bewilligen wollten, seinen Anträgen doch immer entgegengekommen, denn wie sagten uns: das Land darf durch den Verkehrsfreie in seiner materiellen Entwicklung nicht aufgehalten werden. Daher darf auch der Herr Handelsminister einem so notwendigen Unternehmen, wie es diese Bahn ist, nicht mit der „augenblicklich ungunstigen Finanzlage“ hindernd entgegenreten. Vergesse man doch nicht, daß Memel vor 60 Jahren der letzte Zufluchtsort unserer Dynastie war, daß es der Ort war, wo ein Königssohn in die Arme eintrat, der uns zu Siegen geführt hat, wie wir sie nie größer errungen haben. In seinem Dankschreiben an die memeler Bürgerschaft versicherte sie König Friedrich Wilhelm III. seines immerwährenden Wohlwollens. Es sind 60 Jahre vergangen, ohne daß Memel dem Staat um die Hilfe anzurufen nötig hatte, die ihr der absolute König verheißt hatte. Sein königliches Versprechen ist nicht bloß auf seinen Nachfolger in der Krone, sondern auch auf die Landesvertretung übergegangen. Wir sind bereit, es zu erfüllen und ich hoffe, auch die Regierung wird sich nicht länger weigern, dieses königliche Versprechen einzulösen. (Beifall.)

Der Handelsminister (liest): Die Vorlage eines Gesetzes über den Bau einer festen Brücke bei Tilsit und einer Eisenbahn von Memel nach Tilsit wird, wie die Vorlagen über andere, ebenso wünschenswerte Eisenbahnen davon abhängen, welche Mittel der Staatsregierung zu Gebote stehen oder zu Gebote gestellt werden, um neue Eisenbahnen auf Staatskosten oder zu Lasten des Staates zu übernehmen, ohne dem Weiterbau und der Vollendung der schon genehmigten und im Bau begriffenen Staatsbahnen hinderlich zu werden.

Auf den Antrag des Abg. Koch wird eine Besprechung über die Interpellation eröffnet. Abg. Dr. Koch: Ueber die Antwort des Herrn Ministers muß ich mich sehr wundern. Er läßt der Provinz durch den Oberpräsidenten die Ausführung der Bahn in Aussicht stellen und dann thut er nichts zur Realisirung. Es ist eine große Härte, ja Saumseligkeit, wenn man einem Landestheile, der in einer solchen Noth ist, wie Preußen, nicht sofort hilft. Er hat einen gerechten Anspruch auf unsere Hilfe, weil er in der schweren Zeit unseres Vaterlandes der einzige Repräsentant unseres Staates war und die Regierung hat, wenn auch keine streng juristische, so doch die Ehrenpflicht, jenem Landestheile die Bahn nicht länger zu verlagern, der aus dem Eisenbahnen so ausgeschlossen ist, daß Memel sich nicht entwickeln kann.

Der Handelsminister: M. H. Sie haben die Beantwortung der Interpellation gehört, ich habe derselben wenig hinzuzufügen. Der Abg. Koch wundert sich über das, was ich gesagt. Ja, m. H., ich glaube im ganzen Hause ich keiner, der mehr als ich wünsche, daß diese und noch etliche andere Eisenbahnen und zwar je eher desto lieber gebaut werden. Aber, m. H., das Jahr ist noch nicht abgelaufen, die Wirkungen des Konsolidationsgesetzes sind heute noch gar nicht zu übersehen. Daraus folgt, daß meine Antwort nicht anders ausfallen konnte, als sie ausgefallen ist, und wenn ich heute sagen wollte: wir wollen die Interpellation nach 4 Wochen beantworten, so würde diese Antwort zu Ihrer Befriedigung noch viel weniger dienen. Ich kann also heute, mögen Sie nun Fragen an mich richten, welche sie wollen, keine andere Auskunft geben.

Abg. v. Behr spricht gegen den Bau der in Rede stehenden Bahn. Der Staat kann und darf nicht immer mit seiner Hilfe eintreten; alle solche Nothstände auf Kosten des Staatseinkommens zu korrigieren, ist unmöglich und national-ökonomisch unrichtig. Uebrigens ist der Nothstand gar nicht so groß; die Stadt Breslau allein erleidet durch die Differentialtarife der Eisenbahnen weit größere Verluste als Memel dadurch, daß diese Stadt keine Eisenbahn hat. Der Abg. Berger schien mir auf die neuvoepommerische Bahn hinzuweisen; auch ich beklage es, daß der Staat hier alljährlich 700,000 Thlr. zuzuschießen hat, aber ich bitte doch auch die militärische Bedeutung dieser Bahn nicht zu unterschätzen, die sich namentlich im dänischen Kriege zur raschen Befestigung Kügens vorzüglich bewährt hat.

Abg. Diegel: Der Staat hat die moralische Verpflichtung, die Bahn Memel-Tilsit zu bauen, jetzt ist der Moment eingetreten, auf den die Regierung früher immer verzögert hat, Ausgaben und Einnahmen des Staates befinden sich im Gleichgewicht. Das Gleiche gilt von der Verbindungsbahn Bebra-Abrenshausen; auch hier liegen die gleichen Verhältnisse vor. Redner sucht das weiter auszuführen, wird jedoch vom Präsidenten daran verhindert. (Der Handelsminister verläßt den Saal.)

Abg. v. Benda: Auch ich will mein Zeugnis für die Verpflichtung des Staates zum Bau der Memeler Bahn abgeben, ein Zeugnis, das der Herr Minister lesen mag, da er sich der Gelegenheit entzogen hat, es zu hören. Ich habe vor 2 Jahren die Resolution, in der die Regierung zum Bau dieser Bahn aufgefordert wurde, bekämpft; weil das Haus meiner Ansicht nach nicht die Initiative in solchen Sachen ergreifen soll. Aber das Haus hat damals anders entschieden, es liegt nun ein bestimmtes festes Engagement vor, welchem auch die Staatsregierung durch ihre festerliche Erklärung beigetreten ist. Solchen Engagements darf man sich nicht unter dem Vorwande finanzieller Schwierigkeiten entziehen. (Bravo!) Ich habe mit dem lebhaftesten Erstaunen die Worte des Herrn Handelsministers über die Schädlichkeit des Konsolidationsgesetzes gehört. Aber sie waren wohl nur der individuelle Ausdruck seiner eigenen Meinung; ich hoffe, daß der zunächst in Frage kommende Finanzminister seine Befürchtungen nicht theilt. Wäre das der Fall, so würde ich auf das Lebhafteste bedauern, daß ich bei der Beschlußfassung über jenes Gesetz mit einem Ja votirt habe. (Hört! hört!)

Abg. v. Gerverd: Ich bin nicht Mandatsträger des Landestheiles, um den es sich hier handelt. Die getreuen Vorkämpfer kennen eine Opposition gegen die Regierung Sr. Majestät nicht, wer auch immer an Ministerthätigkeit mag. Um so mehr aber wäre es eine Pflicht der Dankbarkeit Seitens der letzteren, endlich einmal die Versprechungen einzulösen, die sie in Bezug auf diese Bahn oft gemacht und die auch von der Landesvertretung sanktionirt worden sind. Herr v. Behr hat die Behandlung dieser Sache in „luftiger“ Weise betrieben. Ich weiß nicht, was er damit sagen will, wenn er meint, wir hätten hier den Nothstand a jour gefaßt. Die Abhilfe dieses Nothstandes auf Staatskosten soll national-ökonomisch unrichtig sein. M. H.! Ich schätze gewiß die Lehren dieser Wissenschaft, aber jede Lehre führt in ihrer Uebertreibung zu Absurditäten. Wenn Sie so weit gehen wollen, um Verpflichtungen, die Sie haben, nicht auszuführen, bloß weil das national-ökonomisch unrichtig ist, so heißt das die Nationalökonomie über die Moral stellen. In diesem Falle hier denken Sie doch nur an die stetige Erweiterung der russif. Bahnen; die russif. Konkurrenzstädte Memels erlangen eine nach der anderen ihre Eisenbahnverbindung, nur Memel bleibt zurück. Wäre es da nicht ganz natürlich, wenn in den Memelern der Gedanke aufstiege: Wie unglücklich sind wir, daß wir zum preussischen Staate gehören; wenn wir eine russifische Stadt wären, würden wir schon längst eine Eisenbahn haben! Ich sage nicht, daß die Memeler so sprechen, im Gegentheil, sie sind immer gute Preußen gewesen; um so mehr aber ist es unsere Pflicht sie in ihrem berechtigten Verlangen zu unterstützen. Was soll eigentlich die gewundene Antwort des Herrn Ministers bedeuten? Es steht ganz so aus, als ob er vom Zollparlament Äquivalente verlangt für die Aufwendungen, die der preussische Staat für einen seiner unglücklichsten Landestheile macht. Und was soll das in Süddeutschland für einen Eindruck machen! Preußen kann, so wird es heißen, seine eigenen Landestheile nicht allein vor Elend und Kümmerneis retten, sie müssen zu uns kommen und von uns die Mittel dazu verlangen. Soll das unser Ansehen in Süddeutschland verstärken? (Beifall links.)

Abg. Berger (Witten): Ich kann Herrn v. Behr die Versicherung geben, daß ich an seine neuvoepommerische Eisenbahn gar nicht gedacht habe. Ich weiß, daß er in diesem Punkte äußerst empfindlich ist. (Heiterkeit.) Ich lehne die militärische Bedeutung jener Bahn nicht, aber dieselben Rücksichten treffen auch bei Memel zu. Was kann eine Fesslung nützen, die keine Eisenbahnverbindung hat, die hinter einem großen Strome liegt, der 6 Monate im Jahre nicht passierbar ist? Politische und staatliche Gründe wiegen außerdem die nationalökonomischen gewiß auf. Die Memeler würden gewiß gerne tauschen mit den Breslawern. Man kann von 10,000 Thln. leichter 500, als von 500 Thln. 400 abgeben. Dem Minister muß ich — ich glaube im Einverständnis mit der großen Majorität des Hauses — erwidern, daß keine Vorlage in Bezug auf die Ausführung irgend einer Eisenbahn Aussicht hat, hier im Hause die Zustimmung zu erlangen, bevor nicht die Tilsit-Memeler Bahn in Angriff genommen ist. (Zustimmung.) Er kann sich also alle Mühe in dieser Beziehung ersparen, und wenn seine heutige Erklärung etwa den Zweck hat, auf die Landesvertretung oder auf die Vertretung des Bundes einen Druck zu üben, um die Bewilligung neuer Steuern zu erlangen, dann hoffe ich, daß er sich in dieser Beziehung irrt. (Lebhafter Beifall.)

Damit ist der Gegenstand der Interpellation erledigt und das Haus geht zum Antrage der Abgg. Duncker und Eberty über, einem Gesetzentwurfe, betreffend die Aufhebung der Beschränkungen der Pressefreiheit (Unterlegung des Pflichtemplars, Kautions-, vorläufige Beschlagnahme, Entziehung der Befugnis zum Betrieb des Preßgewerbes durch richterliches Erkenntnis) seine Zustimmung zu geben.

Abg. Duncker führt aus, daß die Verzögerung des neuen Preßgesetzes, das der Minister des Innern in Aussicht gestellt, ihn bewegen habe, seinen Antrag wiederum auf die Tagesordnung zu setzen, welches Recht er sich ausdrücklich vorbehalten. Es handle sich um eine unaufschiebbare Reform, mit der kein Kulturstaat länger zögern dürfe und mit der Preußen spätestens im Jahre 1866 hätte vorgehen müssen.

Abg. Glaser bringt folgende Resolution ein: „In Erwägung, daß die Staatsregierung erklärt hat, mit der Vorbereitung eines Gesetzes über die anderweitige Regelung der Preßverhältnisse bereits beschäftigt zu sein, daß es geeigneter erscheint diese Regelung der Initiative der Staatsregierung zu überlassen, und daß sich eine neue Kodifizierung im vorliegenden Falle mehr empfiehlt, als der Erlass einer Novelle — über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen. In der Sache selbst giebt Abg. Glaser zu, daß der ganze Apparat zur Leitung und Disziplinirung der Presse einer Zeit angehöre, in der man das Wesen derselben durchaus verkannte, daher die bezügliche Gesetzgebung als unwirksam und werthlos, einer besseren weichen müsse. Aber die Staatsregierung habe in diesem Sinne eine Vorlage verheißt und die Erfüllung dieser Zusage sei abzuwarten; sie könne höchstens auf augenblickliche Schwierigkeiten im Stadium der Vorbereitung gestossen sein.

Die Resolution wird abgelehnt und der Duncker-Ebertysche Gesetzentwurf mit entschiedener Majorität, der sich über die Freiconservativen anschließen, ohne daß der Minister des Innern sich über die Sache äußert, mit einer einzigen von linker vorgeschlagenen und von Duncker adoptirten Abänderung in § 2 ohne Debatte genehmigt.

§ 1. Die bisherige Verpflichtung, von jeder Zeitung, Zeitschrift und jeder andern Druckchrift unter 20 Bogen, bei oder vor der Ausgabe ein Exemplar bei der Drispolizeibehörde zu hinterlegen, wird aufgehoben.

§ 2. Die bisherige Verpflichtung des Herausgebers einer Zeitung oder Zeitschrift, eine Kautions zu bestellen, wird aufgehoben. Zeitungen oder Zeitschriften dürfen jedoch nur unter dem Namen und der Verantwortlichkeit eines bestimmten Redakteurs erscheinen. Verantwortliche Redakteure dürfen nur solche einzelne Personen sein, die dispositionsfähig sind, sich im Vollbesitze der bürgerlichen Rechte befinden und im Bereiche der Gerichtsbarkeit des Norddeutschen Bundes (statt der preussischen Gerichtsbarkeit, wie der Antrag sagt) ihren persönlichen Gerichtsstand haben.

§ 3. Die bisherige Befugnis der Staatsanwaltschaft und ihrer Organe, Druckschriften, sowie die zur Vereinfachung derselben bestimmten Platten und Formen vorläufig mit Beschlagnahme zu belegen, wird aufgehoben.

§ 4. Die Entziehung der Befugnis zum selbstständigen Betrieb eines Preßgewerbes durch richterliche Erkenntnis (§ 54 des Gesetzes vom 12. Mai 1851) findet nicht mehr statt.

§ 5. Alle den Verordnungen dieses Gesetzes zuwiderlaufenden Bestimmungen sind aufgehoben.

Es folgt die Berathung von Petitionen. Ueber eine Petition, betreffend die Weiterführung der schlesischen Gebirgsbahn von Dittersbach nach Glatz beantragt die Kommission für Handel und Gewerbe zur Tagesordnung überzugehen mit Rücksicht auf die Erklärung der Staatsregierung, daß sie die Strecke auf Staatskosten auszuführen entschlossen sei, da ein Privatunternehmen für diesen Zweck nicht zu Stande komme. Es gebe aber mehrere andere Linien, deren Herstellung auf Staatskosten erheblich dringender sei und die Finanzlage des Staates gestatte nicht, eine Vorlage noch in dieser Session zu machen. Abg. Websky, der die Petition überreicht hat, beantragt, sie der Staatsregierung zur Verückichtigung zu überweisen, im Hinweis auf die materielle Lage des von der in Rede stehenden Bahn betroffenen Landestheiles, dessen industrielle Etablissements geradezu bedroht wären, wenn die Ausführung des Baues noch länger verzögert würde.

Reg. Komm. Meinecke wiederholt die Erklärung, die Geh. Rath Mebes in der Kommission abgegeben und empfiehlt den Uebergang zur Tagesordnung. Dasselbe thut der Abg. Samnager, da von einem wirklichen Nothstande in der Grafschaft Glatz gar keine Rede und daher eine Parallele mit dem altpreussischen Nothstande schlechterdings unzulässig sei. Der Antrag Websky führe zu der Forderung, eine Anleihe zur Ausführung des Bahnbaues, den er empfiehlt, zu kontrahieren, aber wie dürfe man eine solche Forderung aufstellen, so lange die Staatsregierung Anstand nehme, die Mittel für Tilsit-Memel zu beschaffen?

Abg. Thilo giebt zu, daß der Bau von Dittersbach nach Glatz sehr kostspielig sein würde, daß er aber ein integrierender Theil des von der Staatsregierung im Jahre 1861 projektierten Kommunikationsnetzes, und daß es von Wichtigkeit sei, so rasch als möglich den Anschluß an die Oberschlesische Bahn zu gewinnen. Der Bau selbst würde eine Reihe von Jahren in Anspruch nehmen, und es komme daher zunächst nur darauf an, ihn partiell auszuführen. An eine Vorlage noch in dieser Session denke Abg. Websky wohl nicht, aber die Dringlichkeit der Sache werde bewiesen durch die alljährlich wiederkehrenden Petitionen aus jenem Landestheile, dessen Grubenbesitzer und Tuchfabrikanten ihre Konkurrenzfähigkeit nur behaupten könnten, wenn die Bahn baldigt gebaut werde. Das Haus lehnt den Antrag Webskys ab und geht über die Petition zur Tagesordnung über.

Eine Petition, betr. die Revision des Drömmelings-Reglements wird der Staatsregierung mit der Erwartung überwiesen, daß dieselbe nunmehr ernstlich die Revision in die Hand nehmen und das Drömmelings-Reglement vom Jahre 1805 mit den jetzigen Verhältnissen und den berechtigten Wünschen der Interessenten in Einklang bringen lassen möge. Ein auf denselben Gegenstand bezügl. Antrag des Abg. Parisius, der als Grundzüge für die Revision die Befreiung des Rechtes der vormaligen Ortsbürgerlichen, Mitglieder der Meliorations-Kommission zu sein, die Zusammenfassung derselben lediglich aus Interessenten und die Wahl des Schiedsrichters durch die letzteren feststellen will, wird abgelehnt.

Ueber die Petition des Sanitätsraths Dr. Siens in Bonn, betreffend die Gründung eines Lehrstuhls für physiologische Arzneimittellehre an den Universitäten wird zur Tagesordnung übergegangen, weil Lehrstühle für Arzneimittellehre an allen Universitäten vorhanden sind, der Streit über die richtige Lehre aber allein durch die Wissenschaft entschieden werden kann.

Die Gemeindevertretung zu Gilpe beschwert sich über die von der Regierung zu Arnsberg den Gebrüdern Ebers verjaagte Genehmigung, Gasleitung von ihrer Anstalt durch die königl. Chaussee nach Gilpe zu legen. Als Motiv des ablehnenden Bescheides wird von der Regierung geltend gemacht, daß sie bereits der dessauer Gasgesellschaft eine derartige Erlaubnis erteilt habe, und eine zweite Rohrleitung in den Chausseekorper einlegen zu lassen nicht angänglich sei. Die Bevölkerung von Gilpe will jedoch das theuere Gas der Dessauer Gasgesellschaft nicht benutzen und hat die mehrfachen Gesuche der Gebrüder Ebers, die jede Garantie für die Instandhaltung übernehmen wollen, unterstützt — jedoch bisher vergebens. Die Kommission beantragt, die Petition der Regierung zur Erwägung zu überweisen. Abg. Florsbüch will Ueberweisung zur Berücksichtigung. Dessen letzteren Antrage, der durch den Abg. Becker unterstützt wird, tritt das Haus bei.

Abg. Richter (Königsberg) referirt über die Petitionen mehrerer Besitzer holländischer Windmühlen im Dornener Kreise und gleichmäßige Verteilung der Gewerbesteuer auf die Windmühlen nach ihren Verrichtungen und des Vorstandes des Verbandes deutscher Mühlen- und Mühlen-Interessenten um Abschaffung der Maßgangsteuer und Gleichstellung des Mühlen-gewerbes in Rücksicht auf die Besteuerung mit allen anderen Fabrikgeschäften. Die Kommission beantragt, die Petitionen der Regierung mit Bezugnahme auf den, die Besteuerung des Mühlen-gewerbes betreffenden Beschluß des Hauses vom 7. Januar v. J., (Besteuerung des Mühlen-gewerbes nur nach dem Geschäftsumfange) zur Berücksichtigung zu überweisen und das Haus tritt dem Antrage bei. Um 3 Uhr vertagt sich das Haus bis Sonnabend. (Kreisordnung.)

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 20 Jan. Die Geschäftsordnungs-Kommission hat den Antrag des Abg. Grafen Frankenberg auf Herstellung eines Abstimmungs-Telegraphen im Sitzungssaale des Hauses der Abgeordneten bereits ihrer Prüfung unterzogen, deren Resultat ein dem Antrage durchaus günstiges ist, indem die Kommission sich ihrerseits zu dem Antrage geignigt hat, daß das Haus die Staatsregierung eruchen wolle, einen derartigen elektromagneti-

schen Abstimmungs-Telegraphen nach dem System Siemens und Halske herstellen zu lassen.

Dem Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein, v. Scheel-Plessen, ist das Kuratorium der Universität zu Kiel als Nebenamt übertragen worden, und es hat in Folge dessen die Geschäftsordnungs-Kommission des Abgeordnetenhauses beschlossen, daß das Mandat des Herrn v. Scheel-Plessen für erloschen zu erklären sei.

Lokales und Provinzielles.

Posen, den 21. Januar.

Bei den Regierungen zu Breslau und Posen und den betr. Komites ist, wie uns soeben mitgeteilt wird, hinsichtlich der Dels-Kempen-Bodzer Eisenbahn nachfolgende Allerhöchste Entscheidung eingegangen:

Auf den Bericht des Staatsministeriums vom 7. d. M. will Ich bei Rückgabe der Anlagen dem von dem Prinzen Birón v. Kurland geleiteten Komite resp. der von demselben zu bildenden Aktiengesellschaft die zur Herstellung einer direkten Verbindung Breslaus mit Warschau projektirte Anlage einer Eisenbahn von Dels über Kempen bis zur Landesgrenze bei Podjance unter Vorbehalt der seiner Zeit zu bestimmenden näheren Bedingungen hierdurch gestatten.

Berlin, den 9. Januar 1870.

(gez.) Wilhelm.

(gez.) Graf v. Bismarck, v. Roon, Graf v. Igenpliz, v. Mähler, v. Seelow, Graf v. Culenburg, Dr. Leonhard, Camphausen, An das Staatsministerium.

Hingefügt wird dieser Mittheilung, daß der Bau in den nächsten Monaten beginnen wird.

Seitens des ev. Oberkirchenraths sind mit dem Kultusminister Verhandlungen gepflogen worden, betreffend die Erleichterung der Superintendenten in ihren amtlichen Geschäften. Dieselben haben zu dem Resultate geführt, daß in einigen Fällen, in welchen bisher Berichterstattung an die Konsistorien behufs Ertheilung der erbetenen Dispense oder Genehmigungen vorgeschrieben war, dieselbe von nun an wegfällt und die Superintendenten künftig unmittelbar und selbstständig beschreiben sollen. Es gehört dahin: 1) die Genehmigung zu Privatkonfirmationen, 2) die Dispensation vom tempus clausum, 3) die den Geistlichen zu ertheilende Genehmigung zur Annahme von Vormundschaften (§ 161 Thl. II. Tit. 18 des Allg. Landrechts) und 4) die Genehmigung zur Benutzung der Kirchen zu musikalischen Aufführungen, zu Missions-, Gustav-Adolphs-Vereins- und dergl. Festen. — In Betreff des ersten und zweiten Punktes ist genehmigt worden, daß der dispensirende Superintendent befugt sein soll, wie bei den Genehmigungen zu Haustrauungen und zu zwei — statt dreimaligen Aufgebots, eine Gebihr von einem Thaler zu erheben. Die im dritten Punkte bezeichnete Genehmigung darf nur widerruflich ertheilt werden. Die ad 4 dem Superintendenten übertragene Funktion darf nicht auf bloßen Antrag des Pfarrers, sondern nur auf den Antrag des Gemeindekirchenraths und zwar nur nach erfolgter Vorlegung der etwaigen Texte für die Musikaufführungen und allemal nur unter der Bedingung ertheilt werden, daß an den Kirchthüren ein Billetverkauf nicht stattfindet.

Der wiener „Presse“ wird aus Rom vom 18. Januar telegraphirt:

Der Erzbischof von Osnen und andere polnische Kirchenfürsten beantragen, die Zustimmung des Königs von Preußen zu Schritten in katholischen Kultusangelegenheiten beim Kaiser Alexander zu ermitteln. Der Papst selbst will in dieser Richtung dem Kaiser Alexander Vorschläge zu einer Annäherung beider Höfe und zu einem modus vivendi zwischen Polen und Rußland machen. Danach soll der polnische Klerus auf seine Nationalität verzichten und sich den allgemeinen katholischen Vorschriften unterwerfen. Die Regierung ihrerseits würde Kultus und Ritus freigeben. Der Verkehr Roms würde durch einen katholischen Rath mit dem kaiserlichen Hofe stattfinden. Ein päpstlicher Nuntius würde in Petersburg und ein kaiserlicher Gesandter in Rom residiren.

Ueber die Märkisch-Posener Eisenbahn geht uns aus Frankfurt a. O. folgende Mittheilung zu:

Nachdem vor Kurzem die Strecke der Märkisch-Posener Eisenbahn von hier bis Posen durch einen höheren königl. Baubeamten in Begleitung des Betriebsdirektors Hrn. Korn fast mit der den Courierzügen vorgeschriebenen Schnelligkeit befahren worden ist, läßt sich annehmen, daß die gegenwärtig in landespolizeilicher Beziehung durch das Eisenbahn-Kommissariat und die Bezirksregierungen vorgenommene Prüfung die Betriebsfähigkeit der angegebenen Strecke so weit ergeben werde, daß die Eröffnung des Betriebes demnächst durch das Handelsministerium wird erkrattet werden können. Es lassen sich freilich, so lange die Eisenbahn nicht vollständig auch hin der Richtung nach Guben hergestellt, hauptsächlich aber die Verbindung über Posen nach Thorn und Insterburg in östlicher, nach Halle und Frankfurt a. M. in westlicher Richtung nicht vollzogen sein wird, günstige Resultate für die Aktionäre aus dem Betriebe nicht erwarten und ist diesem Umstande wohl das Sinken des Kurzes der Aktien zuzuschreiben. Anders dürfte sich dies auch dann nicht gestalten, wenn die Fusion der drei Bahnen Berlin-Görlitz, Posen-Guben und Halle-Sorau-Guben die, wie verlautet, beantragte staatliche Genehmigung erlangen sollte. Bekanntlich sind gegen die Fusion mancherlei Proteste erhoben worden, die zu der Eröffnung Anlaß geben, ob es vor Vollendung der beiden Bahnen Posen-Guben u. Guben-Halle, d. h. vor Eintritt der Aktionäre in voller Höhe des Baukapitals rechtlich zulässig war, über die Fusion durch einen Theil der Aktionäre Beschluß fassen zu lassen. Ersparnisse in der Verwaltung und Erleichterung des Betriebes lassen sich auch ohne Fusionirung durch Uebergabe des Betriebes an eine andere Gesellschaft, hier an die Niederschlesisch-Märkische erreichen. Die Betriebsbeamten sind übrigens bereits einderufen; unter ihnen wird ein Oberst a. D. v. S. als Stationsvorsteher, wahrscheinlich in Rothenburg, wo die Bahn von dem Schweißitz-Stettiner Schienenwege durchschnitten werden soll, fungiren. Die Revision der Eisenbahn in landespolizeilicher Beziehung hat am 18. d. M. von Frankfurt in der Richtung auf Posen begonnen und wird wahrscheinlich am 27. d. M. beendet sein.

Die Volkstüche auf der Al. Gerberstraße im Koschmann Babischinschen Hause wird gegenwärtig eingericht. Die beiden vordern Zimmer sollen als Speisezimmer, das dritte als Küche, das hintere als Wohnzimmer der Wirthebenutzt benutz werden. In die beiden großen Küchenherde werden 4 große kupferne, verzinnete Kessel eingemauert. Der Preis für eine ganze Portion wird 1 1/2 Sgr., für eine halbe Portion 1 Sgr. betragen. Die Eröffnung der Volkstüche soll am 1. Febr. stattfinden.

Der bekannte Thürdrückerdieb, welcher im vergangenen Jahre mit Anwendung von Gewalt zahlreiche messingene Thürdrücker gestohlen hat, scheint einen Nachfolger gefunden zu haben. Es kam nämlich zu dem Armenozirkelsvorsitzer auf der Venetianerstraße am Donnerstag ein Mann, welcher um ein Axtst hat, und benutzte diese Gelegenheit dazu, dem messingenen Thürdrücker zu stehlen. Als dies bemerkt wurde, eilte derselbe mit Hinterlassung des Drückers davon.

Bojanowo, 13. Januar. [Klassensteuer-Erhöhung.] Eine unangenehme Neujahrs-Ueberraschung ist einem großen Theile der hiesigen Einwohner zu Theil geworden, nämlich eine nicht unwesentliche Erhöhung in der Klassensteuer. Reklamationen gegen diese Erhöhung sind, wie am Schluß der ziemlich langen Liste, welche die Veränderungen nachwies, zu lesen war, direkt bei dem l. Landrathsamte zu Rawicz anzubringen. Wir müssen daraus folgern, daß zu Erhöhungen auch direkt von dort ausgegangen sind und haben um so weniger Grund, dies zu bezweifeln, als sich nicht annehmen läßt, daß die hiesige Behörde, welche mit den Verhältnissen der Einwohner genauer vertraut ist, als das l. Landrathsamt, Erhöhungen eintreten lassen könne, welche theilweise ganz ungerechtfertigt erscheinen. So kommt es z. B. hier vor, daß einzelne Gewerbetreibende, welche kein

(Fortsetzung in der Beilage.)

Eigentum besitzen und die nur mit Hilfe von Kredit und Darlehn ihr Geschäft fortsetzen, höher besteuert sind, als Grundbesitzer und Binsenempfänger.

Er. Gräß, 19. Jan. [Schwindel, Kirchenbaukasse, Berichtigung] Ein hiesiger spekulativer Kopf, welcher ein in Köln fabrizirtes und die in dem Vatikan zu Rom unter dem Vorhänge des Papstes verammelten Bischöfe darstellendes Bild zum Verkauf in Kommission übernommen hatte, hat dieses Geschäft in sehr ergiebiger Weise auszuüben verstanden.

n. Schwereisen, 15. Jan. [Kassen-Darlehn-Verein] In der heut stattgefundenen Generalversammlung des hiesigen Kassen-Darlehn-Vereins hat der Vorstand über den Geschäftsbetrieb des verfloffenen Jahres Bericht erstattet und die Jahresrechnung gelegt, woraus sich folgendes Resultat ergab: Den Gesamtumsatz in Einnahme und Ausgabe belief sich auf 1,253 Thlr. und zwar die Einnahme auf 1,587 Thlr., die Ausgabe auf 1,566 Thlr.

z. Zirkelgel, 18. Januar. Bei der jetzigen Zeit, wo alle Feld- und Bauarbeiten zum größten Theile ruhen, fehlt es vielen Arbeiterfamilien an hinreichender Beschäftigung und genügendem Verdienste, und dies ist wohl auch der Grund, daß einige dieser Leute sich mancherlei Ausschreitungen und Uebertretungen zu Schulden kommen lassen.

Wronke, 16. Jan. [Wohltätigkeit, Konzert, Telegraphenverkehr, Wegeverbesserung] Der Generalbevollmächtigte der Neudorf-Wronter Herrschaft, Herr Dörfling, hat der Stadt wichtige Beweise seiner Wohltätigkeit an den Tag gelegt. In vergangener Woche übernahm derselbe unserer Stadtbehörde zur Vertheilung an Arme ohne Unterschied der Konfession aus den herrschaftlichen Forsten 60 Klaftern Brennholz.

Schneidemühl, 19. Jan. [Maßregeln gegen Schulverläumdungen, Wahl des Stadtverordneten-Vorstandes, Offizier-Versammlung] Der hiesige evangel. Schulvorstand

hat, um den massenhaft vorkommenden Schulverläumdungen zu steuern, die Schulverläumdungs-Strafgesetze bis auf 5 Sgr. pro Tag erhöht, doch glauben wir, daß auch durch diese Maßregel kein besseres Resultat erzielt werden wird, denn da die meisten Schulverläumdungen nur durch Rinder unbemittelte Eltern entstehen, so bleibt es sich gleich, ob die Schulstrafen hoch oder gering sind, weil dieselben niemals eingezogen werden können.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Von der bekannten im Korikampffschen Verlage in Berlin erscheinenden „Volks-Ausgabe Norddeutscher Bundesgesetze“ liegt uns ein neues Heft vor, welches das Gesetz, betreffend Wechselstempelsteuer im Norddeutschen Bundes, vom 10. Juni 1869, enthält.

In demselben Verlage ist ferner die Anweisung zur Ausführung des Titel III der Gewerbeordnung vom 2. Juni v. J. erschienen, wodurch der Gewerbebetrieb im Umherziehen nach Vorschrift des genannten Gesetzes geregelt wird.

Staats- und Volkswirtschaft.

Δ Berlin, 19. Jan. Der Sturm am 17. Dez. hat unter den Telegraphenleitungen nicht unbedeutenden Schaden angerichtet, wenn auch, wie es scheint, nicht in dem Maße, wie es bei früheren Stürmen geschehen ist. Auf den meisten in Berlin mündenden Telegraphenlinien war der Verkehr durch das Umbrechen und Umhürzen von Telegraphenstangen unterbrochen, die an der Eisenbahn oft so unglücklich fielen, daß die Eisenbahnzüge an manchen Stellen halten mußten, bis die über die Schienen geworfenen Stangen entfernt waren.

Δ Berlin, 20. Jan. [Zeitschrift für die gesammte Naturwissenschaft, Steinkohlenbedarf, Mastvieh-Ausstellung] Von dem naturwissenschaftlichen Vereine für Sachsen und Thüringen in Halle wird eine Zeitschrift für die gesammte Naturwissenschaft herausgegeben, welche namentlich Berichte über die Forschungen auf allen Gebieten der Naturwissenschaft bringt.

Wien, 19. Januar (Tel.) In einer Generalversammlung der Bankaktionäre wurde eine Dividende von 48 fl. 53 Kr. pro Aktie genehmigt, so daß die Aktionäre nach Abzug der ersten Semesterzahlung noch 27 1/2 Gulden erhalten.

Δ Warschau, 18. Januar. Eine Vergleichung der Einnahmen und Ausgaben der Warschau-Wiener Bahn pro 1868 und 1869 ergibt für das Jahr 1869, wenn auch nicht erhebliche, so doch immer sichtbare Verminderungen. Greift man z. B. den Monat Dezember des Jahres 1868 heraus, so ergab derselbe auf der Warschau-Wiener Bahn eine Einnahme von 295,441 R. 29 Kr., im Monat Dez. 1869 betrug sie nur 235,431 R. 78 Kr., also um 60,000 R. weniger.

Bermischtes.

* Die Auflage der preussischen Gesetzsammlung pro 1870 zählt 45,000 Exemplare in deutscher, 3400 in deutsch-polnischer, und 400 in deutsch-dänischer Ausgabe.

plare gegen Bezahlung, — theils an zwangspflichtige, theils an freiwillige Interessenten mit einer Einnahme von 40,000 Thlrn. Dagegen erwachsen an Ausgaben insgesamt 59,733 Thlr.

* Den Dom zu Frauenburg (Regb. Königsberg) wird der Bischof Krementz repariren und namentlich das Innere desselben in rein gothischen Stile herstellen lassen.

* Im Zerpentinöl scheint nun ein sicheres Gegengift gegen den Phosphor gefunden zu sein. Nachdem schon mehrere Fälle von erfolgreicher Anwendung dieses überall leicht zu habenden Stoffes bekannt geworden waren (u. a. wurde den Arbeitern, die mit Phosphor zu hantieren haben, schon früher empfohlen, mit Zerpentinöl gefüllte Kapfen auf der Brust zu tragen, um sich vor den schädlichen Einflüssen ihres Arbeitsmaterials zu schützen), lesen wir jetzt in wissenschaftlichen Zeitschriften eine ausführliche Darstellung der Heilung, die an einer mit dem Phosphor von 200 Bündelholzern vergifteten Frau vermittelst Anwendung des genannten Gegengiftes erzielt wurde.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Wafner in Posen.

Angekommene Fremde vom 21. Januar.

HOTEL DE BERLIN. Gutsbes. Tazarski a. Kobylec, Gebr. Arzgeft u. Frau Arzgeft a. Benowice, Landwirth Witte a. Karno, die Kaufl. Feig a. Prag, Schimmel a. Danzig, Dauf a. Berlin.

OEHMIGS HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbes. v. Kalomicki a. Madsen, Fr. v. Moraczewski a. Döchter a. Galawy, Fr. v. Kuczborska a. Polen, v. Kuczborski a. Kalisz, Wirthschafts-Insp. Koriski a. Stajlowo, Arzt Dr. Gütler u. Fam. a. Pudewitz, Probst Schmoltz a. Breslau, Rechtsanwält Weig a. Schroda, f. Hofliefer. Doppermann a. Berlin, Generalbevollmächtigter Schmittowski a. Thorn.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufl. Ketsen a. Dresden, Schmidt a. Leipzig, Ermich u. Pulvermann a. Breslau, v. Podgorst a. Ratel, Diehl a. Friedland, Schroff a. Frankfurt a. O., Gerbh a. Berlin, Brommhold a. Arnswalde, Ingenieur Bierkowski a. Moronica, Wötkermeister Seidel a. Slogau, Gerichtsbeamte. Krause a. Pleschen.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. D. Kfl. Maas a. Stettin, Weichmann, Pander, Pelzer u. Höllmann a. Berlin, Simmermacher a. Salzufen, Fürst a. Altenburg, Faecker a. Sangerhausen.

HERWIG'S HOTEL DE BOME. Rittergutsbes. Durchl. Fürst Sulkowski a. Reichen, d. Kfl. v. Schlöfing a. Berlin, Willmann a. Pforzheim, Schulz u. Wartenberger a. Breslau, Wühlhaus a. Seidel in Böhmern, Hartmann a. Danabrück, Ufer a. Elberfeld, Hengel a. Delanitz, Garbs a. Krefeld, Erles a. Frankfurt a. M.

SCHWARZER ADLER. Landwirth Bilicency a. Konarski, Inspetor Jankowski a. Wiganowo, die Gutsbes. Range a. Lubowiczki u. Beckner a. Scharinowo.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Rittergutsbes. v. Rymartiewicz a. Saborowo, Geislicher v. Laczanowski a. Kom, Kaufm. Haber a. Leipzig, f. Oberförster Störig a. Bielonta.

BERNSTEINS HOTEL. Die Kaufl. Rosenthal a. Kralau, Licht a. Pudewitz, Jentis a. Wollstein, Deconom Boytinski a. Kolaczkowo.

KEILERS HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Die Kaufl. Friedländer a. Kempen, Koblyner a. Rurnit, Guttman a. Landsberg, Reil a. Pissa, Lehmann a. Sebnitz, Haase a. Koftrypn, Grünbaum a. Schwefens, Lewin a. Berlin, Biermann a. Punitz, Hotelier Rosenthal a. Breschen.

Grabdenkmäler

in Granit, Marmor und Sandstein in größter Auswahl.

Grabgitter, Grabkrenze

aus den renommirtesten schlesischen Eisengießereien, von bestem Material und tadellosem Guß, in über hundert verschiedenen Mustern und in den verschiedensten Größen.

Guß zu Bauten,

als gußeiserne Fenster in hundertten von Mustern, Treppen, Balkongitter, Balkonträger, Consolen, Luftgitter, sowie alle in dieses Fach einschlagenden Artikel. Auch übernehme bei Gittern die komplette Aufstellung einschließlich Maurer- und Steinmearbeiten.

Muster, Zeichnungen sowie Preiscurant stehen jederzeit zu Diensten.

H. Klug.

Posen, Friedrichsstr. 33.

(Gingesandt.)

Allen Leidenden Gesundheit durch die vorzügliche Revallescière du Barry, welche ohne Anwendung von Medicin und ohne Kosten die folgenden Krankheiten beseitigt: Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Athem-, Blasen- und Nierenleiden, Schwindel, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhöen, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wassersucht, Fieber, Schwindel, Blutauffsteigen, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Sicht, Bleichsucht. — 70,000 Genesungen, die aller Medicin widerstanden, worunter ein Zeugniß Sr. Heiligkeit des Papstes, des Hofmarschalls Grafen Pluskow, der Markgräfin de Bréhan. Copie dieser Certificate wird portofrei und umsonst auf Verlangen gesandt. — Nahrhafter als Fleisch, erpart die Revallescière 50 Mal ihren Preis in anderen Mitteln, wie auch die Revallescière Chocolatée 10 Mal mehr als Fleisch und gewöhnliche Chokolade nährt; sie wird bei Erwachsenen, wie bei den schwächsten Kindern mit gleich gutem Erfolge angewandt, giebt Kraft, Schlaf und guten Appetit, fördert die Verdauung und macht geistig und körperlich gesund und frisch.

Dieses kostbare Nahrungsmittel wird in Blechbüchsen mit Gebrauchsanweisung von 1/2 Pfd. 18 Sgr., 1 Pfd. 1 Thlr. 5 Sgr., 2 Pfd. 1 Thlr. 27 Sgr., 5 Pfd. 4 Thlr. 20 Sgr., 12 Pfd. 9 Thlr. 15 Sgr., 24 Pfd. 18 Thlr. verkauft. — Revallescière Chocolatée in Pulver und Tabletten für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr. — Zu beziehen durch Barry du Barry & Co in Berlin, 178. Friedrichsstr.; in Wien Freyung 6.; in Frankfurt a. M. 10. Hofmarkt; in Hamburg 41. Katharinenstraße; in Breslau bei S. G. Schwarz, Eduard Groß, Gustav Scholz; in Königsberg i. P., A. Kraay, Bazar zur Rose; in Danzig, Albert Neumann; in Bromberg, S. Hirschberg, in Firma Julius Schottländer und in allen Städten bei Droguen-, Delikatesen- und Spezereihändlern.

Breschen, den 19. Januar 1870.

Bekanntmachung.

Auf dem katholischen Probsteigebäude zu Dromo Dorf bei Strzalkowo soll in diesem Frühjahr ein neues Stallgebäude erbaut werden, wofür die Kosten zgl. der Hand- und Spanndienste, sowie des Tit. „Insgemein“ ad 63 Thlr. 14 Sgr. welcher gegen besondere Berechnung vergütigt wird, jedoch einschließlich des Bauhofes auf überhaupt 2925 Thlr. 28 Sgr. 8 Pf. veranschlagt worden sind.

Zur Ueberlassung dieses Baues, sowie der besonders zur Exitation zu stellenden Leistung der auf 726 Thlr. 11 Sgr 2 Pf. veranschlagten Hand- und Spanndienste an einen der drei Mindestfordernden habe ich einen Termin auf

Donnerstag den 3. Februar c.,

Vormittags 11 Uhr, im königlichen Landraths-Amte hieselbst anberaumt, zu welchem Unternehmungslustige hieherdurch und mit dem Bemerkten eingeladen werden, daß nur solche Personen zum Mitbieten werden zugelassen werden, welche zuvor eine Kaution von resp. 400 Thlr. und 100 Thlr. bei der Kreiskasse deponirt haben. Kosten-Anschlag nebst Zeichnung zc. können im hiesigen Bureau eingesehen werden.
Königlicher Landrath.

Bekanntmachung.

Königliches Kreis-Gericht zu Posen.

Abtheilung für Civilsachen
Posen, den 11. Dezember 1869.
Im Frühjahr dieses Jahres sind einer Person hieselbst eine goldene **Uhr**, eine vergoldete **Cylander** und eine silberne **Uhr** als mutmaßlich gestohlen abgenommen worden.

Es werden alle diejenigen, welche Eigenthumsansprüche an diese Uhren zu haben vernehmen, aufgefordert, dieselben spätestens in dem **am 23. Februar 1870,** **Vormittags 10 Uhr,** in unserem Instruktionsszimmer Nr. 13 anstehenden Termine entweder schriftlich oder mündlich zu Protokoll anzumelden und nachzuweisen, widrigenfalls sie damit werden präskribirt werden.

Bekanntmachung.

Bei der sub Nr. 2 unferes Genossenschafts-Registers eingetragenen Gräber Disconto-Gesellschaft ist in der Kolonne „Verhältnisse der Genossenschaft“ heute Folgendes eingetragen worden:

Das Statut der Gesellschaft datirt vom 23. November 1869 und befindet sich im Beilageband zum Genossenschaftsregister Nr. 1 Blatt 23.

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Bankgeschäftes nebst agentenmäßiger Beschaffung der im Gewerbe und Wirtschaft nötigen Geldmittel auf gemeinschaftlichen Kredit.

Die Vorstandsmitglieder sind:
1) der Kaufmann **Abraham Herzfeld,**
2) der Brauereibesitzer **Otto Bähnisch,**
3) der Bäckermeister **Herrmann Frosch,** sämtlich aus Grätz.

Die Zeichnungen für die Gesellschaft geschehen rechtsverbindlich in der Weise, daß zu der Firma der Gesellschaft mindestens zwei Vorstandsmitglieder ihre Namensunterschrift hinzufügen.

Die von der Gesellschaft ausgehenden Bekanntmachungen und Erlasse in Gesellschaftsangelegenheiten ergehen unter deren Firma und werden von mindestens zwei Vorstandsmitgliedern unterzeichnet.

Die Veröffentlichung aller Bekanntmachungen erfolgt in der Posener Zeitung.
Die Berufung der Generalversammlung geschieht durch den Ausschuß und wird die Einladung von dem Vorsitzenden desselben wie folgt, gezeichnet:

Der Ausschuß der Gräber Disconto-Gesellschaft.

V. N.
Vorsitzender.
Eingetragen zufolge Verfügung vom 31. Dezember 1869 am selbigen Tage.
Allen über das Genossenschaftsregister, Beilageband Nr. 1, Blatt 23.

Das Verzeichniß der Gesellschaftsmitglieder kann jederzeit bei dem unterzeichneten Gerichte eingesehen werden.

(gez.) **Hurder,** Sekretair.
Grätz, den 31. Dezember 1869.
Königliches Kreisgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Das in der Stadt **Posen** unter Nr. 328 der Altstadt, Judenstraße Nr. 6, belegene Grundstück, dessen Besitztum auf den Namen des Kaufmanns **Samuel Orzycki** und der Geschwister **Orzycki: Leib, Raphael, Girsch, Jzig, Moses, Wolf, Lora, Sanna** und **Rebecca** berichtigt steht, und welches mit einem Flächeninhalt von 0,05 Morgen zur Gebäudefeuer mit einem Nutzungswerte von 275 Thlern veranlagt ist, soll Behufs Theilung im Wege der nothwendigen Subhastation am

Mittwoch den 18. Mai d. J., **Nachmittags 4 Uhr,** im Lokale des königlichen Kreisgerichts hieselbst, Zimmer Nr. 13 versteigert werden.
Posen, den 3. Januar 1870.
Königliches Kreisgericht.

Der Subhastationsrichter.
Buddee.

Mein in **Wegerski** befindliches Grundstück, bestehend aus einer gut erhaltenen Bodwindmühle, nebst Haus, Scheune und 12 Morgen Acker, eine Meile von Kostrzyn, 2 Meilen von Schroda, 2000 Schritt von der Kreischauffee entfernt, bin ich Willens zu verkaufen. Selbstkäufer erfahren das Nähere bei dem Eigenthümer, **Schänter Reichert** in **Imielinko** bei Wierzyce.

Aufgebot.

In dem Hypothekenduche des dem Besitzer **Franz v. Zawadzki** gehörigen Vorwerkes **Wierkowiec** Nr. 1 stehen Rubrica III, Nr. 16

1200 Thlr. nebst 6 pCt. Zinsen Wechselforderung und 14 Thlr. 10 Sgr. Prozeßkosten, sowie die noch nicht feststehenden außergerichtlichen Kosten für den Kaufmann **A. Matachowski** zu Strzelno, zufolge Requisition des Prozeßrichters vom 26. Mai 1859, auf Grund des Erkenntnisses vom 24. Mai 1850, vorläufig eingetragen, zufolge Verfügung vom 31. Mai 1859.

Das darüber gebildete Hypotheken-Dokument, bestehend aus der Ausfertigung des in Sachen **A. Matachowski** wider **Franz v. Zawadzki** und **Joseph v. Zawadzki** unterm 24. Mai 1859 ergangenen Erkenntnisses, dem Originalwechsel d. d. Strzelno, den 22. November 1858 und dem Hypothekenduchauszuge vom 31. Mai 1859, ist angeblich verloren gegangen.

Es werden deshalb alle diejenigen, welche auf das vorbezeichnete Instrument aus irgend einem Rechtsgrunde Ansprüche erheben wollen, aufgefordert, dieselben spätestens in dem auf

den 17. Mai 1870,

Vormittags um 11 Uhr, vor dem Herrn Kreisrichter Kantelberg im Terminszimmer des hiesigen Gefängnißhauses angelegten Termine geltend zu machen, widrigenfalls Präklusion derselben und Amortisation des Instrumentes zwecks Neubildung eintritt.

Erzemefno, den 3. Januar 1870
Königliches Kreis-Gericht.

I. Abtheilung.

Holz-Lizitation

am **25. Januar c.,** von früh 10 Uhr ab, im Schlosse zu **Sammer** bei Wollstein Zum Verkauf kommen **große Quantitäten tieferne Bauhölzer** und verschiedenes Brennholz.

Bolewice, den 14. Januar 1870.
Schaeffer,
Königlicher Oberförster.

Epileptische Krämpfe (Fallsucht)

heilt brieflich der Specialarzt für Epilepsie **Doctor O. Killisch** in **Berlin, Mittelstraße 6.** — Bereits über Hundert geheilt.

Posen, den 20. Januar 1870.

P. P.

Hierdurch beehre ich mich, Ihnen ergebenst anzuzeigen, daß ich neben meinem bisher betriebenen **Versicherungsgeschäfte** mit dem heutigen Tage ein

Commissions-, Speditions- und Incasso-Geschäft

errichtet habe.

Mein **Haupt-Augenmerk** werde ich den Bedürfnissen der **Landwirthschaft** zuwenden.

Da: meinem bisherigen Geschäfte geschenkte Vertrauen bitte ich auch auf den neuen Theil desselben ausdehnen zu wollen.

Mit Hochachtung

S. A. Krueger,

Friedrichstraße 32 a., vis-à-vis der Provinzial-Bank.

Töchter-Pensionat,

vis-à-vis von der städtischen höheren Töcherschule, in **Breslau,** **Alte Taschenstraße 5, Beletage.**

Den geehrten Eltern in der Provinz empfehle ich mein Pensionat für junge Mädchen von 10-15 Jahren, welche heilige Schulen besuchen sollen. Außer angemessener Nachhilfe bei den Schularbeiten und Beaufsichtigung beim Leben auf dem Klavier ertheile ich franz. und engl. Konversation im Hause. Für vorzügliche körperliche Pflege wird auf das Gewissenhafteste gesorgt.

Zeugnisse und Empfehlungen liegen vor bei den Herren: **Rabbiner Dr. Joël,** Professor **Dr. Graetz,** **Dr. Samuelsohn,** **Rendant Cohn** und **Prof. Dr. Lewy.** **Breslau, im Januar 1870.**

Sophie Henschel,

geprüft als Erzieherin und Lehrerin an einer höheren Töcherschule.

Holzverkauf.

Das Dominium **Daleszyn** bei Costyn verkauft

birkene u. weißbuche
Auß- u. Schirrhölzer.

Preß- u. Palmkuchen
I. Qualität,
empfehlenswerther Kraft-Futterstoff, offerirt

Naumann Werner,
Wilhelmstraße 18.

Auf dem Dom. **Welnab.** Rogajen stehen vier sehr edle **Sengste, 5-7jährig** — 3 aus hiesiger Zucht, 1 engl. Halbblut — billig zum Verkauf. 2 schwarzbraun; 2 hellbraun. Dieselben sind 2- und 4spännig gefahren, auch angeritten, und würden sich sehr gut zur Zucht eignen. Mehrere Brüder der ersteren befinden sich in dem königlichen Landgestüt in Zirke.

V. Stropp.

Naps- und Leinfuchen

ab hier und allen Bahnstationen empfiehlt billigst

Manasse Werner,

Gr. Gerberstr. 17.

Nachlaß - Auktion.

Dienstag den 25. Januar c., von früh 9 Uhr ab, findet in der Becker'schen Buchdruckerei, **St. Martin,** zwei Treppen hoch, die Fortsetzung des Verkaufs der v. Brzozowski'schen Nachlaßgegenstände statt. Zum Verkauf gelangen: **seidene und wollene Kleider, Wäsche, Delgemälde, diverse Möbel,** als: **Sophas, Komoden, Tische zc.,** ferner **Shawlücher, seidene Roben, Sammet-Mäntel.**

Rycklewski,
königl. Auktions-Kommissarius.

Auktion.

Im Auftrage des königlichen Kreisgerichts werde ich **Freitag den 28. Januar c.,** **Vormittags um 11 Uhr,** in **Tulce** bei **Schwersen**

3 Rube

öffentlich meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkaufen.
Schroda, den 19. Januar 1870.

Der Auktions-Kommissar
Schroeder.

Pachtung!!!

Anständigen Leuten mit 1000 bis 1500 Thlr. soll die Pachtung eines mit Materialgeschäft verbundenen **Hotels** in einer kleinen Stadt überlassen werden. Fr. Abr. befördert die Exped. dieser Zeitung.

Zur Beachtung.

Ein Gasthof, Restauration oder Schank in verkehrreichen Stadt wird zu pachten gesucht. Franko Adressen poste restante bis 4. Februar sub **A. B. 10** Kosten.

Epileptische Krämpfe (Fallsucht)

heilt brieflich der Specialarzt für Epilepsie **Doctor O. Killisch** in **Berlin, Mittelstraße 6.** — Bereits über Hundert geheilt.

Posen, den 20. Januar 1870.

Eine Wirthschaft mit 20 Morgen gutem Mittelboden, einem entsprechenden Stück Wiese und Torfstich und guten Gebäuden ist mit (auch ohne) Inventar billig zu verkaufen. Nähere Auskunft ertheilt auf portofreie Anfrage der Lehrer **Arndt** in **Chraplewo** bei **Kuślin.**

Einem hochgeehrten Publikum erlaube ich mir ganz ergebenst anzuzeigen, daß ich am heutigen Tage meine

Rosenschlächterei

Salzdorfstraße Nr. 1 eröffnet habe, und bitte um geneigten Zuspruch.

Achtungsvoll

C. Muhold.

Ein Transport von 20

eleganten Stuten

(Reit- und Wagenpferde)

trifft **Montag den 24. d. M.**

aus **Samburg** ein.

Adolph Gedalje,

St. Martin 25/26.

Auf dem Dom. **Gowarzewo**

bei **Schwersen** steht der **Schimmelhengst Maxwell,** im **Friedr.-Wilh.-Gestüt** gezogen, als Beschäler und frommes Reitpferd zum billigen Verkauf. Ebendasselbst sind auch 2 mecklenburger Stuten als Kutschpferde, 6 Jahre alt, zum Verkauf.

Bock-Auktion

in **Rosainen** bei **Marienwerder** in **Westpreußen.**

Am **Montag den 24. Januar, 12 Uhr** Mittags, über 54 Stück **Volblut-Böcke** des **Rambouillet-Stammes** und **Merino-Kammwoll-Böcke** (Lebendgewicht 150 Pfd.) Minimal-Preise 25-50 Thaler. Verzeichnisse auf Wunsch versandt. **Richter.**

Cottillon-Orden,

auch mit Ueberraschungen der interessantesten Art, empfiehlt die Papierhandlung von

M. Łakinska

Hotel de France.

Die neuesten diesjährig. **Tapetenmuster** sind eingetroffen und geben wir bei billigsten Preisen angemessenen Rabatt, sowie Musterarten nach außerhalb gratis.

B. Burchardt & Soehne,

Brüderstraße 19, Berlin.

Prachtvollen Schweizerkäse,

das Pfund à 8 Sgr., empfang und empfiehlt

Scheuermann,

St. Adalbert 7.

Lungen-Leiden. Schwäche-Zustände.

Radikale Heilung dieser Krankheiten nach Prof. Dr. Sampsons Methode, mittelst der schon von A. v. Humboldt in s. Kosmos empfohl. Coca, deren wunderbare Heilkräfte stets alle Südamerika-Reisenden in Erstaunen setzten. Dr. Sampson erzielt nach gründlichstem Studium mit s. **Coca-Pillen (I)** die glänzendsten Resultate bei **Brustleiden,** selbst in vorgeschr. Stadien, und mit s. **Coca-Pillen (II)** die auffallendsten Kräftigungen bei geschwächtem Geschlechts-Nervensystem. Näheres s. Broschüre gratis durch d. **Mohren-Apotheke** in **Mainz, frco.**

Braunschweiger

20 Thaler Prämien-Loose

von der Königl. Regierung gesetzlich erlanbt. Die nebenverzeichneten Gewinne werden durch die Ziehungen am **1. Februar, 1. Mai, 1. August, 1. November** zur Auszahlung gebracht.

Jedes Original-Loos ist mit den staatlichen Garantien ausgestattet, wonach mindestens der einbezahlte Betrag zurückerbehalten wird, wenn nicht ein grösserer Gewinn auf das Loos entfällt; für die Auszahlung sämtlicher Gewinne haftet der Staat. — Diese Loose können gegen sofortige Baarzahlung oder mittelst monatlichen Ratenzahlungen bezogen werden; auf letztere Art ist eine Anzahlung von **1 Thaler** zu leisten, womit demnächst schon

80,000 Thaler

gewonnen werden können.

Verloosungsplan und die näheren Bedingungen werden bereitwilligst ertheilt; man beliebe sich direkt zu wenden an das Bankhaus

Anton Horix in Berlin,

Jerusalemstrasse Nr. 39.

1 Gewinn. Thlr. **80,000**

1 " " " **40,000**

2 " à 20,000 " **40,000**

2 " " 6,000 " **12,000**

2 " " 5,000 " **10,000**

1 " " 4,000 " **4,000**

3 " " 2,000 " **6,000**

1 " " 1,000 " **1,000**

1 " " 800 " **800**

2 " " 600 " **12,000**

64 " " 100 " **6,400**

12 " " 70 " **840**

48 " " 25 " **1,200**

9360 " " 21 " **196,560**

9500 Gewinne. Thlr. **400,000**

Schüler oder auch einzeln stehende Herren, finden anständiges Logis, mit oder auch ohne Beföstigung, **Wronterstraße Nr. 7** bei **M. Wieluski.**

Am **grünen Platz Nr. 1** ist eine große Wohnung mit Stallung u. Remise, sowie mehrere kleine, auch eine sofort für 70 Thlr. vom 1. April zu vermieten.

Eine Lehrungsstelle ist vakant in der Reinenhandlung von **Julius Glückstein.**

60 bis 70,000 Thlr.

werden auf eine Herrschaft von circa 4000 Morgen Größe Rubr. III. Nr. 1 gesucht. Die alten Posener 4% Pfandbriefe, welche darauf basirten, sind bereits gelöst. Reflektanten belieben sich schriftlich an die Expedition dieser Zeitung unter Adresse **A. N. 100** zu melden.

Einem hochgeehrten Publikum erlaube ich mir ganz ergebenst anzuzeigen, daß ich am heutigen Tage meine

Rosenschlächterei

Salzdorfstraße Nr. 1 eröffnet habe, und bitte um geneigten Zuspruch.

Achtungsvoll

C. Muhold.

Ein Transport von 20

eleganten Stuten

(Reit- und Wagenpferde)

trifft **Montag den 24. d. M.**

aus **Samburg** ein.

Adolph Gedalje,

St. Martin 25/26.

Echten

Limburger Käse

empfiehlt

J. N. Leitgeber.

Frische fette

Kiel. Sprotten u. Hamb.

Speckbücklinge empfing

und empfiehlt

A. Cichowicz.

Süße Messina-Apfelzinen,

1869er Marokkaner Datteln

empfiehlt

J. N. Leitgeber.

Frisches sowie bestes gepökeltes **Schweinefleisch** empfehle und versichere, daß alle meine Waare untersucht ist. Ungläubige finden in meinem Geschäft ein gutes Mikroskop zur Verfügung.

A. Roeschke,

Bronterstr. 3.

Ein Erdbohrzeug

mit 100 Fuß Gefänge, 2 Bohrern von 6" d. Spindel und Zubehör, sehr gut erhalten, ist billig zu verkaufen in der Eiseng'heret von

O. Kubale in **Gnesen.**

Einem hochgeehrten Publikum erlaube ich mir ganz ergebenst anzuzeigen, daß ich am heutigen Tage meine

Rosenschlächterei

Salzdorfstraße Nr. 1 eröffnet habe, und bitte um geneigten Zuspruch.

Achtungsvoll

C. Muhold.

Ein Transport von 20

eleganten Stuten

(Reit- und Wagenpferde)

trifft **Montag den 24. d. M.**

aus **Samburg** ein.

Adolph Gedalje,

St. Martin 25/26.

Echten

Limburger Käse

empfiehlt

J. N. Leitgeber.

Frische fette

Kiel. Sprotten u. Hamb.

Speckbücklinge empfing

und empfiehlt

A. Cichowicz.

Süße Messina-Apfelzinen,

1869er Marokkaner Datteln

empfiehlt

J. N. Leitgeber.

Frisches sowie bestes gepökeltes **Schweinefleisch** empfehle und versichere, daß alle meine Waare untersucht ist. Ungläubige finden in meinem Geschäft ein gutes Mikroskop zur Verfügung.

A. Roeschke,

Bronterstr. 3.

Die Allgemeine commercielle Gesellschaft

zur gegenseitigen Wahrung geschäftlicher Interessen

Geschäfts-Firma: **A. Retemeyer** in Berlin, Breitestrasse 2

Ullt sich zur Aufgabe, die gesammten Geschäfts-Interessen jedes ihrer Mitglieder zu wahren und zu sichern, — Solidität, Ordnung und Pünktlichkeit im Geschäftsverkehr herbeizuführen, — drohende Verluste von ihren Mitgliedern abzuwenden oder die zu erleidenden möglichst zu vermindern, — den Verkehr mit allen ändern der Welt zu ermöglichen, sowie den Umsatz und Geschäftsbetrieb der Mitglieder zu fördern und denselben in allen commerciellen Angelegenheiten angeeignet zu lassen.

Die Thätigkeit der Direction als vermittelnder und unparteiischer Centralpunkt für die Mitglieder, besteht insbesondere darin:

- 1) Ueber jede Firma oder Adresse des In- und Auslandes genaueste Auskunft einzuholen und darüber gewissenhaft zu berichten.
- 2) Debitoren in der schonendsten Form zur prompten Erfüllung ihrer Verpflichtungen anzuhalten.
- 3) Aeltere Forderungen durch geeignete Einwirkung auf möglichst gütlichem, doch auch auf gerichtlichem Wege einzutreiben.
- 4) Streitigkeiten zwischen Mitgliedern und Zahlern auf rein verständlichen Wege durch Sachverständigen-Gutachten und persönliche Intervention von Vertrauenspersonen zu schlichten, Vergleiche und Accorde herbeizuführen, verschollene Schuldner aufzusuchen etc.
- 5) Geschäftliche Besorgungen, Vermittelungen, Berichte jeder Art, sowie Vertretung nach und aus allen Städten der civilisirten Welt direct oder durch ihre Agenten zu übernehmen und auszuführen

Beitrag pro Jahr 8 Thlr.

Das Institut der Gesellschaft, früher unter der Firma A. Retemeyer's Central-Correspondenz-Bureau, besteht unter vollständigem und originalem Geschäfts-Reglement und zählt bereits mehr als 1000 Mitglieder unter den ersten und achtbarsten Firmen Deutschlands und des Auslandes. Für seine Leistungen sprechen die bereits erzielten bedeutenden Resultate, sowie das reiche Material von Erfahrungen und Erkenntnissen aus der bisherigen Geschäftsthätigkeit; für die Solidität und Sicherheit wie für die prompte und gewissenhafte Ausführung des Versprochenen bürgt das nunmehr 18jährige makellose Bestehen der Firma des Geschäftsinhabers.

Alle Kaufleute, Fabrikanten, Industrielle pp., welchen um sichere Fundirung des Geschäfts-credits, sowie um Pünktlichkeit, Solidität, Förderung und Umsatz im Geschäftsverkehr zu thun ist, werden zum Beitritt hiermit eingeladen und sendet auf gef. Anfragen oder Adresskarte: Prospect und Statut bereitwilligst franco

Der Geschäftsinhaber und Director: **A. Retemeyer** in Berlin, Breitestrasse 2.

Die Herren Mitglieder der Kaufmännischen Vereinigung werden auf Grund des § 42 des Statuts zur ordentlichen General-Verammlung auf

Donnerstag den 27. Januar d. J.,

Nachmittags 3 Uhr,

im Börsenlokale hierdurch eingeladen.

Posen, den 21. Januar 1870.

Der Vorstand der Kaufmännischen Vereinigung.

Ein Bureauhilfe, welcher mit der Registraturführung vertraut ist, sowie ein geübter **Kanzlist** werden gesucht.

Berthelm, Rechtsanwält in Posen.

Ein evang., beider Landessprachen mächtiger **Sofbeamter** wird zu sofortigem Antritt oder zum 1. April gesucht. Gehalt 80 Thlr. Bewerber wollen ihre Adresse — am Besten bei persönlicher Vorstellung — einreichen **Posen, Breslauerstraße 9, 2 Treppe**

Einem **Lehrling** mit guten Schulkenntnissen wünscht die Papierhandlung von **Salomon Lewy**, Breitestrasse 21.

Auf einem Rittergut im Samerschen Kreise wird zum 1. April ein

erster Beamter

mit einem Gehalt von ca. 150 Thlr. gesucht. Das Nähere in der Expedition dieser Zeitung.

Für mein Material-Geschäft suche ich zum sofortigen Antritt einen **Lehrling**, womöglich der deutschen und polnischen Sprache mächtig, mit guter Handschrift.

Birnbaum, A. Rothenbücher.

Für unser Posamentie und Kurzwaaren-Geschäft Engros suchen zum sofortigen Antritt einen **Lehrling** mit guter Schulbildung.

Fränkel & Lewy,

Königsstr. 29.

Ein guter und tüchtiger **Brenn-**

ner, wird zur nächsten Brennperiode gesucht. Reflektirende belieben sich unter Adresse **H. B. 99**, an die Expedition dieser Zeitung zu melden.

Ein Lehrling,

Sohn achtbarer Eltern, mit den nöthigen Schulkenntnissen, wird verlangt von **Michaelis & Kantorowicz.**

Wir suchen einen **Lehrling**, möglichst sofort **Gebr. Mische**, Sapiebarplatz 1.

Gegen 25 Thaler Belohnung wird ein **Cleve** nachgewiesen, der bei freier Station 2 Jahre die Wirthschaft erlernen will und dafür 200 Thlr. zahlt. Näheres post rest. **W. D. 100 Grät.**

Announce.

Ein praktischer **Deconom** mit guten Kenntnissen sucht eine Stellung als **2. Beamter** (sofort anzutreten). Adresse unter **H. E.** bei Gastwirth **Bund, Birse.**

Die gesammte Thätigkeit der Direction u. bei unbeschränkter Benutzung des Instituts nach den Normen des Gesellschafts-Reglements

Ein deutscher **Wirthschafts-Inspetktor**, beider Landessprachen mächtig, unverheirathet, mit guten Beugnissen versehen, sucht womöglich selbstständige Stellung. Termin Ostern oder Johann d. J.

Geachtete Offerten bitte in der Expedition dieser Zeitung niederzulegen

Ein **Landwirth** sucht die selbstständige Bewirthschaftung eines Gutes vom 1. April oder 1. Juli d. J. Kaution kann geleistet werden.

Gefällige Anerbietungen unter **X. Z.** post. rest. **Pissa (Poln.).**

Ein junger Mann, der deutschen und polnischen Sprache kundig, sucht unter bescheidenen Ansprüchen zum 1. April c. eine Stellung als **Commis** in einem Kolonial- und Farbe-Waaren-Geschäft. Gefällige Offerten werden erbeten unter **C. F.** poste restante **Poln. Pissa.**

Ein kleiner, weißer, junge **Bulldogge** ist auf dem Fort Winiary entlaufen. Gegen Belohnung abzugeben Friedrichstraße Nr. 7, bei Herrn **A. Hauke.**

Männer-Turn-Verein.

Montag den 24. Januar, Abends 8 Uhr: Hauptversammlung im Lambertischen Lokale, zu welcher die Vereinsmitglieder eingeladen werden.

Tagessordnung: Bericht über die Vereinslage. Dechargirung der Rechnung pro 1867 und 1868. Veränderung der §§ 2 und 3 der Statuten. Wahl des Vorstandes, des Ausschusses und der Rechnungsrevisoren. Festsetzung der persönlichen Ausgaben.

Der Vorstand.

Posener Landwehrverein. Am 20. Januar c. starb unser Kamerad der Schneidermeister **Charpier**. Die Beerdigung findet Sonntag den 23. Nachmittags 3 Uhr von der Mühlenstraße 20 aus statt.

Die 3. und Schützen-Kompagnie giebt **Leichenparade**. Die übrigen Kameraden werden um zahlreiche Theilnahme ersucht. Antreten 2 1/2 Uhr am Neuen Markt.

Der Vorstand.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Kreuzkirche. Sonntag den 23. Januar, Vorm. 10 Uhr: Herr Oberprediger **Klette**. — Nachmitt. 2 Uhr: Herr Pastor **Schönborn**.

Petrikirche. Sonntag den 23. Januar, früh 10 Uhr, Predigt: Herr Konfistorialrath **Dr. Soebel**. — Abends 6 Uhr: Herr Diakon **Soebel**.

St. Pauli-Kirche. Sonntag den 23. Januar, Vormitt. 9 Uhr, Abendmahlsfeier: Herr Konfistorialrath **Schulze**. — 10 Uhr, Predigt: Hr. Prediger **Herwig**. — Abends 6 Uhr: Herr Konfistorialrath **Schulze**.

1 Thlr. Belohnung. Dienstag den 18. d. M. ist nach dem Schlusse des Konzertes im Bazar-Saal beim Herausgehen auf dem Korridor ein großer, dunkelbrauner **Wegzagen** verloren worden. Der ehrliche Finder wird gebeten, denselben gegen obige Belohnung **Schützenstraße 23** abzugeben.

Ein erfahrener **Hauslehrer** (Literat), welcher eine Reihe von Jahren mit höchstem Erfolg unterrichtet und Knaben für Latina resp. Sekunda vorbereitet hat, dem die günstigsten Beugnisse zur Seite stehen, sucht zum 1. April d. J. entweder Stellung an einer Familien-schule oder als Hauslehrer. Gehalt 180—200 Thlr. bei freier Station. Gefällige Offerten an den Kandidaten **A. Mann** in Barten in Ostpreußen.

Ein verh. **Kunstgärtner**, gegenwärtig noch in Stellung, sucht vom 1. März c. ein anderweitiges Unterkommen.

Grotkovo bei Czerniejewo. **Jacob Jastrzebek.**

Ein anständiges Fräulein, gelesenen Alters, sucht zur weiteren Ausbildung und Unterstützung der Hausfrau auf einem Gute Stellung. Honorar wird wenig beachtet, als eine anständige Behandlung und Aufnahme in einer katholischen Familie.

Gef. Offert sub **A. G. 25** franko poste rest. **Storchnest** bis 1. Februar.

Stadt-Theater in Posen.

Freitag den 21. Jan. **Der Wildschütz** oder: **Die Stimme der Natur**. Komische Oper in 3 Akten nach Kogebue frei bearbeitet. Musik von Alb. Vogling.

Sonnabend den 22. Januar. **Der Königsleutnant**. Lustspiel in 4 Akten von C. Suptow.

Sonntag den 23. Januar. **Don Juan** oder **Der feinerne Gast**. Oper in 3 Akten von Mozart — Donna Anna, Frä. Stöger. Donna Elvira, Frau Hamm-Rouelka. Berlin, Frä. Holland.

Wenn bei den bisherigen Opern-Aufführungen mit Recht die geringe Anzahl der Choränger auffällig gemordet ist, so glaube ich dem hochverehrten Publikum die Erklärung schuldig zu sein, daß es trotz größter Mühe und Opferwilligkeit unmöglich ist, eine genügende Anzahl von Choristen zu erwerben. Zum Beginn der Saison waren 18 Choränger engagirt, von welchen 11 Personen, nachdem sie Vorschüsse und Reisegelder empfangen, nicht eingetroffen sind, sondern ohne Zweifel bei den unter dem Schutze der Konzeptionsfreiheit entstandenen etwa 50 neuen Theater-Anstalten als Darsteller fungiren. Andere, welche ich zum Ersatz engagirt hatte, haben die Annehmlichkeit der Freizügigkeit in der Art benützt, daß sie nach aufgenommene Vorschüssen verschwunden sind. Das billig denkende Publikum bitte ich, mir einen Mangel nicht zur Last legen zu wollen, welchen ich zur Zeit auf keine Weise beseitigen kann.

F. Schwemer.

Volksgarten-Saal.

Heute Freitag den 21. Januar. **Große außerordentliche Extra-Vorstellung zum Benefiz**

für den Komiker Herrn **W. Richter**. Auftreten des ganzen engagirten Sängers- und Künstler-Personals.

Programm. Herzliebchen mein unterm Nebendach (Quartett). — Piano langsam (auf Verlangen). — Das Lachen (Couplet). — Zwei von der Nadel (große komische Scene mit Gesang). — Wenn Du noch eine Mutter hast (Ved). — Brömmels Liebesklagen (Solofcene). — Wunderful Tietures on the Ariel-Ladder (Gymnastik). — Verwandlungen (große komische Scene). — Aufforderung zum Tanz (Quartett). — Los Cambios aeros espagnoles. — Le Trapez volant (Gymnastik).

Entreé an der Kasse 5 Sgr., Tagesbillets 3 Sgr. — Anfang wegen Länge der Vorstellung präcise 7 Uhr.

Emil Tauber.

Sonnabend den 22. Januar. **Großer Masken-Ball** mit und ohne Maske.

Entreé für Herren 7 1/2 Sgr., Damen frei, wozu ergebenst einladet

H. Fischer.

Sonnabend den 22. d. M. zum Abendbrod **Eisbeine** bei **E. Herbig**, Berlinerstr. 27.

Volks-Halle.

Sonnabend den 21. Januar **Eisbeine**. **M. Specht**, Gr. Ritterstr. 10.

Ein **sichere, ausgezeichnete und große Eisbahn** nebst **Konzert** wird dem geehrten Publikum am Sonnabend und Sonntag, den 22.—23. d. M. bei schönem Wetter Sandstraße links ergebenst empfohlen.

Sonnabend den 22. Jan. c. **Eisbeine** bei **A. Romanowski**, St. Martin 69.

Täglich frische **Flaki** bei **F. Lüdeke**, Kanonenplatz Nr. 3.

Schulzes Salon.

Friedrichstraße 28. Sonntag den 23. Januar: **Großes Tanzfranzöser**. (Orchestermusik).

Entreé 2 1/2 Sgr. **H. Schulze.**

Ein **Mazze-Maschine** und Mahlmühle, früher der hiesigen Gemeinde gehörig, sind sehr billig sof. zu verkaufen bei **Isaccohn**, Alte Leipzigerstraße Nr. 15, Berlin.

Börten-Telegramme.

Berlin, den 21. Januar 1870. (Wolf's telegr. Bureau.)

Not. v. 20. 79		Not. v. 20. 79	
Roggen, matt.		Bonds-Börse fest.	
lauf. Monat . . . 43 1/2	44	Pr. St. Alt. 55	55
Jan.-Febr. . . 43 1/2	44	Kranzosen . . . 215	213 1/2
Frühjahr . . . 43 1/2	44	Lombarden . . . 136 1/2	136
Mai-Juni . . . 44	44 1/2	Pr. St. Schuldsch. 78 1/2	78 1/2
Sanall.: nicht gem.		Neue Hof-Pfandbr. 81 1/2	81 1/2
Rüßöl, matt.		Hof. Rentenbriefe 83 1/2	83
lauf. Monat . . . 12 1/2	12 1/2	Ruß. Bannoten 75 1/2	75 1/2
Frühjahr . . . 12 1/2	12 1/2	Poln. Bq.-Pfdbr. 57 1/2	57
Spiritus, matt.		1860 Loose . . . 80 1/2	80
lauf. Monat . . . 14 1/2	14 1/2	Italien . . . 55 1/2	55 1/2
Jan.-Febr. . . 14 1/2	14 1/2	Amerikaner . . . 92 1/2	92 1/2
Frühjahr . . . 14 1/2	15	Türken . . . 43 1/2	43 1/2
Sanalliste: nicht gemeldet.		Rumänier . . . 71 1/2	71 1/2

Stettin, den 21. Januar 1870. (Marsse & Maass.)

Not. v. 20.		Not. v. 20	
Weizen, unverändert.		Spiritus, matt.	
Januar . . . 60 1/2	60 1/2	Januar . . . 14 1/2	14 1/2
Frühjahr . . . 61 1/2	61 1/2	Frühjahr . . . 14 1/2	14 1/2
Mai-Juni . . . 62 1/2	62 1/2	Mai-Juni . . . 15	15
Roggen, unverändert.		Rüßöl, fest.	
Januar . . . 43	43	April-Mai . . . 12 1/2	12 1/2
Frühjahr . . . 43 1/2	43 1/2	Sept.-Okt. . . 12	12
Mai-Juni . . . 44 1/2	44 1/2		

Posener Marktbericht vom 12. Januar 1870.

	von		bis	
	Th	Sgr	Th	Sgr
Feiner Weizen, der Scheffel zu 16 Meßen	2	9	2	12
Mittel-Weizen	2	3	2	6
Ordinärer Weizen	1	27	6	2
Roggen, schwere Sorte	1	20	1	21
Roggen, leichtere Sorte	1	17	6	18
Große Gerste	1	13	9	16
Kleine Gerste	1	12	6	15
Hafers	—	26	—	28
Rohrgersten	1	22	6	1
Buttererbsen	1	18	9	1
Winterrüben	—	—	—	—
Winterraps	—	—	—	—
Sommerrüben	—	—	—	—
Sommerraps	—	—	—	—
Buchweizen	1	15	—	16
Kartoffeln	—	—	—	—
Butter, 1 Maß zu 4 Berliner Quart.	2	10	2	25
Rother Klee, der Centner zu 100 Pfund	—	—	—	—
Weißer Klee, dito	—	—	—	—
Hau, dito	—	—	—	—
Stroh, dito	—	—	—	—
Rüßöl, rohes, dito	—	—	—	—

Die Markt-Kommission.

Börse zu Posen

am 21. Januar 1870.

Bonds. Posener 3 1/2 % alte Pfandbriefe —, do. 4 % neue do. 1 1/2 Bz., do. Rentenbriefe 8 1/2 Bz., poln. Bannoten 75 Bz.	
[Amtlicher Bericht.] Roggen [p 25 pr. Scheffel = 2000 Pfd.] pr. Jan. und pr. Jan.-Febr. 39 1/2, Frühjahr 40 1/2, April-Mai 40 1/2.	
Spiritus [p 100 Quart = 8000 % Tralles] (mit Faß) getündigt 6000 Quart pr. Jan. 13 1/2—13 1/2, Febr. 13 1/2, März 13 1/2, April 14 1/2, Mai 14 1/2, Juni 14 1/2.	
[Privatbericht.] Wetter: Schneetreiben. Roggen: luftlos. pr. Jan. 40 Bz., 39 1/2 Bz., Jan.-Febr. do., Frühjahr 40 1/2 Bz., April-Mai 40 1/2 Bz. u. Bz., Mai-Juni 41 1/2 Bz., 41 1/2 Bz., Juni-Juli 42 1/2 Bz.	
Spiritus unverändert. Getündigt 6000 Quart. pr. Jan. 13 1/2—1/2 Bz. u. Bz., Febr. 13 1/2 Bz. u. Bz., März 13 1/2 Bz., 13 1/2 Bz., April 14 1/2 Bz., April-Mai 14 1/2 Bz. u. Bz., Mai 14 1/2 Bz., 14 1/2 Bz., Juni 14 1/2 Bz. u. Bz., Juli 15 Bz. u. Bz. Loto ohne Faß 13 1/2 Bz.	
Berlin, 20. Januar. Die Marktpreise des Kartoffel-Spiritus, per 8000 % nach Tralles, frei hier ins Haus geliefert, waren auf hiesigem Plage am	
14. Jan. 1870 . . . 14 1/2 Bz.	} ohne Faß.
15. . . 14 1/2 Bz.	
17. . . 14 1/2 Bz.	
18. . . 14 1/2 Bz.	
19. . . 14 1/2 Bz.	
20. . . 14 1/2 Bz.	
Die Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin.	

